

Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

5. Sitzung

Montag, 22. Oktober 2007

17.30 – 21.22 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Bruno Hostettler, Ratspräsident

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

38 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste
- René Küng, Leiter Finanzen und Personal
- Werner Oppliger, Bauverwalter-Stv.
- Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum

Entschuldigungen

- Dieter Matter, Einwohnerrat
- Urs Siegrist, Einwohnerrat

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
1. Mitteilungen	176
2. Voranschlag	
GK 110 Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde mit Finanz- und Investitionsplänen 2008 – 2012; Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für das Jahr 2008	176
3. Parlamentarische Vorstösse	
GK 101 Postulat der FDP-Fraktion vom 18. Juni 2007 betreffend Einführung von Tagesstrukturen an den Zofinger Volksschulen (Begründung und Beantwortung)	194
GK 113 Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion vom 22. Oktober 2007 betreffend massive Kostenüberschreitung bei der Sanierung von Volière und Trottenweiher	197
4. Umfrage	201

Begrüssung

Hr. Bruno Hostettler, Ratspräsident, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur fünften Sitzung im Jahr 2007.

Mitteilungen

Elisabeth Gisler, Jolanda Henzmann und Bruno Hostettler haben per Ende 2007 ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat eingereicht. Sie werden an der nächsten Einwohnerratssitzung verabschiedet. Die Nachwahlen werden durch das Wahlbüro organisiert.

Nachdem gegen das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 27. August 2007 keine Einwände eingegangen sind, wird dieses unter bester Verdankung an den Ratssekretär als genehmigt erklärt.

Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Motion der FDP-Fraktion betreffend Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates
- Interpellation der SP-Fraktion betreffend benutzerfreundliche Schalteröffnungszeiten
- Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion betreffend massive Kostenüberschreitung bei der Sanierung von Volière und Trottenweiher

Art. 72

GK 110

Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde mit Finanz- und Investitionsplänen 2008 – 2012; Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für das Jahr 2008

Vorgehen

Als Erstes wird abgeklärt, ob Eintreten bestritten ist. Ist dies nicht der Fall, wird die Eintretensdebatte geführt. Zuerst sprechen der FGPK-Präsident, anschliessend der Stadtkammann, danach die Sprecher der verschiedenen Fraktionen und dann allfällige weitere Votanten.

Während dieser Phase können keine Anträge gestellt werden. In der Detailberatung werden die laufende Rechnung, die Investitionsrechnung 2008 sowie die Finanz- und Investitionspläne 2008 – 2012 besprochen. Dies aufgrund des abgegebenen Zahlenteils. Es folgt dann die Beratung der eigentlichen Einwohnerratsvorlage.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Prüfungsablauf Budget 2008

Hr. Rolf Moor, Präsident der FGPK: Am 6. September 2007 wurde das Budget 2008 durch Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger und René Küng, Leiter Finanzen und Personal, der FGPK vorgestellt. Die FGPK hatte fünf Prüfungsteams gebildet, welche die ihnen zugeteilten Abteilungen prüften. Die Prüfung beinhaltete sowohl technische als auch politisch-strategische Fragen. Die über hundert technischen Fragen wurden der Verwaltung schriftlich abgegeben. Korrekt wurden diese auch wieder schriftlich beantwortet. Die rund zwanzig politisch-strategischen Fragen wurden ebenfalls schriftlich den zuständigen Stadträten übergeben. An der gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtrat vom 27. September 2007 wurden alle Fragen in einem guten Dialog beantwortet. Somit hat die FGPK vom 6. bis und mit 27. September 2007 das Budget 2008, den Investitionsplan und den Gemeindesteuersatz geprüft.

Der Präsident der FGPK hält fest, dass parallel dazu im letzten halben Jahr, in welchem das Budget erarbeitet wurde, laufend intensive Gespräche geführt wurden. Mehrheitlich zwischen ihm, Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger sowie dem Leiter Finanzen und Personal René Küng. Bei der Schlussabstimmung der FGPK waren sieben von neun Mitgliedern anwesend. Dem Voranschlag wurde mit 7 : 0 Stimmen, dem Gemeindesteuerfuss von 102 % mit 5 : 2 Stimmen und dem Investitions- und Finanzplan, welcher zur Kenntnisnahme vorliegt, mit 6 : 1 Stimmen zugestimmt.

Erkenntnisse der Prüfung

Eine der Hauptaufgaben der FGPK besteht darin, zu prüfen, wie das Budget, der Investitionsplan sowie der Steuerfuss entstanden sind und weshalb der Stadtrat dem Parlament die vorliegenden Anträge unterbreitet. Selbstverständlich wurden auch Details nach dem System, welches einleitend erwähnt wurde, hinterfragt. Das Budget 2008 wurde in mehreren Lesungen erstellt. Das heisst, die verschiedenen Abteilungen mussten zum Teil das eingegebene Budget im Auftrag des Stadtrates mehrmals überarbeiten, damit die folgenden gesetzten Budget-Ziele erreicht werden konnten: Eine Selbstfinanzierung von 6,5 Millionen Franken, Investitionen von 9,5 Millionen Franken, eine Verschuldung von rund 8,5 Millionen Franken, dies bei einem Steuersatz von 102 %. Bei den Kennzahlen des Kantons erreicht die Stadt Zofingen bei der Belastbarkeitsquote zwei von maximal vier Punkten. Dies ergibt die Bewertung „genügend“.

Der Steuerertrag wurde mit einer Zuwachsrate von 2,5 % budgetiert. Die Vorgabe des Kantons basiert auf 4 %. Der Kanton weist die Gemeinden aber ausdrücklich darauf hin, dass sie sich individuell mit ihrer Gemeinde auseinandersetzen müssen, um die voraussichtlichen Steuereinnahmen effektiv beurteilen zu können. Der Stadtrat und die Abteilung Finanzen haben dies sehr ernst genommen. Laufend werden die Steuereinnahmen kontrolliert und mit dem Vorjahr verglichen, um, falls nötig, die richtigen Erkenntnisse in die laufende Finanzplanung einfließen zu lassen. Ebenfalls werden periodisch Gespräche mit der hiesigen Industrie geführt, welche wichtig sind, um die Steuereinnahmen abschätzen zu können.

Die Industrie findet den Steuersatz von 102 % nach wie vor attraktiv. Sie legt aber sehr grossen Wert darauf, dass in den nächsten Jahren auf dem Platz Zofingen investiert wird, wie zum Beispiel ins Schul- und Bildungssystem, den Erholungs- und Freizeitbereich, in attraktiven Wohnraum, den Ausbau der Zentrumsfunktion sowie bessere Erschliessungen mit Strassen usw.

Bei den Investitionen hatte die FGPK mit dem Stadtrat eine längere Diskussion. Leider kam in den letzten Monaten immer klarer und deutlicher zum Vorschein, dass keine klaren Verhältnisse im Aufgaben-, Verantwortungs- und Führungsbereich bestehen. Zum Teil in den Abteilungen der Verwaltung, hauptsächlich aber in der Bauverwaltung. Diese sehr unangenehme und unerfreuliche Situation hätte nie so weit kommen dürfen. Wo die Fehler liegen, wo die Gerechtigkeit ist oder die Vernunft liegt, ob bei der politischen oder operativen Verantwortung, kann die FGPK zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend beurteilen.

Diese Situation muss aber leider bereits Jahre zurückliegen. Deshalb wurde oder konnte nicht nach den Investitionsplänen der letzten Jahre investiert werden. Es wurde nur ein Durchschnitt von ca. 75 % erreicht. Die Projekte waren gar nicht so weit fortgeschritten wie sie sollten, um die Kredite zu sprechen. Diese Situation ergab auch, dass die Einwohnergemeinde Zofingen heute schuldenfrei ist. Somit ist der Nachholbedarf für die nächsten Jahre sehr gross. 9,5 Millionen Franken will der Stadtrat im Jahr 2008 investieren, dies bei einer momentan unerfreulichen und kritischen Situation in der Bauverwaltung.

Der Stadtrat hat erstmals eine Tabelle mit den Investitionen bis ins Jahr 2012 erstellt, in welcher ersichtlich ist, wer die politische Verantwortung trägt. Die FGPK wünschte Ergänzungen, dass auch die operative Verantwortung der Bauverwaltung, die Projektleitung und die Bauführung ersichtlich wären. Der Stadtrat akzeptierte diese Empfehlung nicht. Diese Zusatzinformationen seien auf dem jeweiligen Projektkontrollblatt ersichtlich. Nur stellt sich hier die Frage, ob dieses vorgegebene Projektkontrollblatt auch auf der Stufe der Bauverwaltung einer Stadt mit rund 10'500 Einwohner hinsichtlich Verantwortlichkeiten und Kostenkontrolle funktioniert? Es wurde der FGPK aber bestätigt, dass sämtliche laufenden Projekte bezüglich Verantwortlichkeit und Kostenkontrolle gesichert sind.

Papier nimmt gewöhnlich alles an, aber die Praxis und die Realität zeigen meistens etwas Anderes. Wie sollen alle Projekte gesichert sein, bei der heutigen Situation in der Bauverwaltung, wo das entsprechende Personal fehlt? Klar ist ein kleiner Lichtstrahl am Horizont ersichtlich, ein neuer Projektleiter hat bereits die Arbeit aufgenommen. Weitere Evaluationen laufen und werden nächstens entschieden. Aber ob die kurz-, mittel- und langfristigen Entscheide in der richtigen Priorität gesetzt wurden, um eine 100%ige Sicherung der laufenden Projekte zu erreichen, ist sich die FGPK nicht sicher.

Auf die Frage, ob der Stadtrat Ersatzinvestitionen bereit habe für das Jahr 2008, falls zum Beispiel bei den 9,5 Millionen Franken aus politischen Gründen die eine oder andere Investition wegfällt, bekam die FGPK folgende Antwort: Grundsätzlich habe er sich mit dieser Situation nicht auseinandergesetzt. Zum Beispiel könnte man den Stadtsaal vorziehen. Nur ist das Projekt Stadtsaal gar nicht bereit und schon gar nicht kostenrelevant im Jahr 2008.

Die FGPK hat die Äusserungen des Stadtrates zur Kenntnis genommen, ist aber der Überzeugung, dass Praxis und Realität anders aussehen und der Stadtrat die Angelegenheit etwas unterschätzt. Die Realität zeigt, dass das Budget und der Finanzplan auf der Basis einer heute schon qualitativen, funktionierenden und personell voll besetzten Bauverwaltung entstanden sind. Was leider nicht der Fall ist. Bis dieses Ziel erreicht ist, braucht es bei guten Voraussetzungen mindestens ein Jahr.

Die FGPK hat den Stadtrat bereits mehrmals darauf hingewiesen, auch in ihren Erläuterungsberichten 2006 und 2007, dass der „Pflock“ nun eingeschlagen werden sollte. Dass eine Organisation aufgebaut werden muss, wo Verantwortungs-, Führungs-, Mitarbeiter-, Dienstleistungs-, Unterstützungs- und Überwachungsprozesse klar definiert sind.

Laut Gemeindegesetz liegt diese Verantwortung voll und ganz beim Stadtrat. Das Parlament kann also keinen politischen Vorstoss unternehmen, wie zum Beispiel eine Motion, da dieser rechtlich nicht zulässig wäre. Somit kann die FGPK wie auch das Parlament nur immer darauf hinweisen, dass dies eine sehr gute Investition für die Zukunft wäre. Man hofft nun, dass der Stadtrat mit diesem Steilpass das Tor nächstens schiessen wird. Sinnvoll wäre auch, wenn er möglichst schnell in die Klausur gehen würde, um die Mannschaftsaufstellung und die Taktik zu bestimmen, damit das Tor geschossen werden kann. Es wäre wirklich schade, wenn auf einem ganz anderen, sehr unangenehmen, Weg herausgefunden werden muss, weshalb der Stadtrat das Tor nicht schiessen will.

Betrachtet man nur das Budget 2008 ohne die Finanzplanung bis ins Jahr 2012, kann man durchaus zur Auffassung kommen, dass der Steuersatz gesenkt werden kann. Bezieht man aber den Finanzplan bis ins Jahr 2012 mit ein, verändert sich die Finanzlage doch massiv. Vergleicht man die Zahlen, wieder mit dem Rating des Kantons, wird Zofingen im Jahr 2009/2010

bei der Belastbarkeitsquote einen Punkt erreichen. Dies entspricht der Bewertung „ungenügend“. Bei der Selbstfinanzierungsquote werden dann noch zwei Punkte erreicht. Dies entspricht der Bewertung „genügend“.

Die FGPK erachtet eine Steuerfussreduktion für das Jahr 2008 als verfrüht und nicht sinnvoll. Die Nachhaltigkeit fehlt zum heutigen Zeitpunkt. Die Zielsetzung einer Steuerfussreduktion sollte aber im Auge behalten werden.

1. Der Stadtrat ist gefordert, dass er die 9,5 Millionen Franken im Jahr 2008 investiert, mag in den bevorstehenden politischen Entscheidungen und der momentan nicht erfreulichen Situation mit der Bauverwaltung passieren was will.
2. Wenn die Nachhaltigkeit in zwei oder drei Jahren wirklich vorhanden ist und die Steuerkraft, vor allem auch als Folge der vorgesehenen Investitionen, tatsächlich zunimmt, würde einer Steuerfussreduktion zur Erhöhung der Standortattraktivität nichts mehr im Wege stehen.

Zusammenfassung

Zofingen hat ein fundiert erarbeitetes Budget 2008, welches auch einen Windstoss überstehen wird. Die Budgetierung wurde auf einer Ebene der Betriebswirtschaftlichkeit erstellt. Der Finanzplan bis ins Jahr 2012 zeigt, dass zuerst die Nachhaltigkeit bewiesen werden muss, damit eine eventuelle Steuersenkung in zwei bis drei Jahren vollzogen werden kann. Beim Investitionsplan 2008 ist der Stadtrat mit seiner Bauverwaltung, welche zu den wichtigsten Bereichen in der Einwohnergemeinde gehört, mehr als gefordert. Es ist ein absolutes Muss, dass diese 9,5 Millionen Franken investiert werden, da dies in den letzten Jahren nicht funktioniert hat.

Schlussfolgerung

Ende 2007 ist bereits die Hälfte der Legislaturperiode um. In diesen zwei Jahren hat sich doch etliches geändert. Neue, zum Teil auch unerfreuliche, Erkenntnisse sind zum Vorschein gekommen. Der Stadtrat muss heute zeitintensive operative Aufgabe übernehmen, was nicht zum Dauerzustand werden darf. Dies muss umgehend, schnell und qualitativ gelöst werden.

Nachdem eine politische Mühle bekanntlich viel langsamer dreht als die privatwirtschaftliche, soll und muss der Stadtrat das Vertrauen haben, um die anstehenden Umsetzungen in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode zu vollziehen. Er soll auch das Vertrauen haben mit dem Budget 2008, dem Finanzplan, den Investitionen und einem lukrativen Steuersatz von 102 % die vorgegebenen Ziele zu erreichen.

Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat sich eine fundierte, sachbezogene Meinung zum Budget 2008 und zum Steuersatz zu bilden, immer mit dem Gedanken, für das Wohl und die Entwicklung der Stadt Zofingen in den nächsten Jahren zu entscheiden.

Gemäss Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, legt der Stadtrat dem Einwohnerrat heute einen guten Voranschlag und einen ambitionierten Investitions- und Finanzplan vor. Der Voranschlag 2008, der Investitions- und Finanzplan 2009 – 2012 sowie die Tatsache, dass Zofingen aktuell schuldenfrei dasteht, geben Anlass zu berechtigtem Optimismus und zeichnen das Bild einer Stadt, welche ihre Hausaufgaben gemacht hat.

Der Voranschlag 2008 erfüllt alle Parameter, die der Stadtrat für die laufende Legislatur als Zielwerte definiert hat:

- Die Selbstfinanzierung liegt mit 6,5 Millionen Franken klar über dem Minimalwert von 5,5 Millionen Franken.
- Mit einem Investitionsvolumen von 9,5 Millionen Franken, darin nicht enthalten sind die Ausfinanzierungs- und Besitzstandskosten für die Pensionskasse, soll das Investitionsdefizit der letzten Jahre zum Teil abgetragen werden und nachhaltig in die Attraktivität der Stadt investiert werden.

- Die Pensionskassenkosten fallen dank der evaluierten Comunitas-Lösung mit 8,5 Millionen Franken deutlich tiefer aus. Bei einem Verbleib bei der APK wären diese gut 10 Millionen Franken höher ausgefallen. Allerdings ist die ganze Sache noch nicht ausgestanden, bestehen doch nach wie vor grosse Meinungsverschiedenheiten betreffend Austrittsmodalitäten. Es ist ein Prozessrisiko vorhanden.
- Der Steuerfuss soll bei 102 % bleiben.

Für den Investitions- und Finanzplan 2009 – 2012 legte der Stadtrat folgende Rahmenbedingungen zu Grunde:

- Jährliche Investitionen in der Höhe von 7 bis 8 Millionen Franken zur nachhaltigen Attraktivitätssteigerung der Stadt. Wichtig ist, die Investitionen müssen nachhaltig sein, Wert erhaltend sein oder einen klaren Mehrwert generieren. Der Eindruck, dass um jeden Preis 9,5 Millionen Franken ausgegeben werden müssen, soll keinesfalls erweckt werden.
- Die Verschuldung darf den Wert von 15 Millionen Franken nicht übersteigen, das heisst in etwa 1'500 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Der Meinung des Stadtrates nach ist dies vertretbar, wenn die getätigten Investitionen einen nachhaltigen Charakter aufweisen.
- Die Selbstfinanzierung soll im Verlaufe dieses Finanzplanes immer zwischen 5,5 und 6 Millionen Franken betragen.
- Der Steuerfuss bleibt konstant bei 102 %.

Alle diese Rahmenbedingungen sind im vorliegenden Investitions- und Finanzplan erfüllt.

Für die augenblickliche und die zukünftige Finanz- und Investitionssituation der Einwohnergemeinde Zofingen müssen jedoch noch zusätzliche wichtige Punkte berücksichtigt werden, welche die Zukunftsaussichten ein wenig trüben:

1. Das gute Rechnungs-Ergebnis des Jahres 2006, ein Rekordergebnis mit einer Selbstfinanzierung von 8 Millionen Franken, die gute Prognose für 2007 und der gute Voranschlag 2008 kamen nicht nur dank strikter Ausgabendisziplin, Effizienzsteigerungen und steigenden Steuereinnahmen, sondern auch wegen Sondereffekten im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen bzw. Kanton und Gemeinden zustande. Für 2008 beträgt dieser Sondereffekt, Restkosten Sonderschulung gemäss Betreuungsgesetz, sage und schreibe 1,25 Millionen Franken, welche ab 2009 komplett wegfallen. Zieht man diesen Betrag bei den 6,5 Millionen Franken ab, ist man bereits unter der angestrebten Selbstfinanzierung von mindestens 5,5 Millionen Franken, dies bei gleich bleibendem Budget. Und der heute vorliegende Voranschlag 2008, wurde zweimal optimiert.
2. Zofingen hat in den vergangenen Jahren einige wichtige Steuerzahler verloren und ist darauf angewiesen, dass diese Steuerausfälle mit dem Steuersubstrat der Neuzuziehenden ersetzt werden können. Entsprechend bewegen sich die Steigerungsraten im Bereich der natürlichen Personen nicht analog denjenigen des Kantons. Rückläufig ist insbesondere der Steuerertrag pro Kopf, was ein wenig alarmierend ist.
3. Ab den 80iger-Jahren des letzten Jahrhunderts konnte Zofingen in der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik nicht mehr mit den führenden Zentrumsgemeinden des Kantons mithalten. Als führende Zentrumsgemeinden sind in erster Linie Baden und Aarau gemeint, aber auch Brugg. Entsprechend schlecht entwickelte sich das Steueraufkommen im Bereich der juristischen Personen. Im Vergleich zu den Beispielen Baden und Aarau hat Zofingen, ausgehend von einer Führungsposition noch im Jahr 1988, massiv an Boden verloren.
4. Für eine nachhaltige Leistungserbringung waren und sind punktuell strukturelle und personelle Neuorganisationen in der Verwaltung nötig. Diese verursachen aber öfters in einer ersten Neuorientierungsphase zusätzliche Kosten und Hemmnisse. Mittel- und langfristig wirken sie sich aber positiv aus.

Der Stadtrat ist sich dieser negativen Punkte sehr bewusst und ist gewillt, diese Herausforderungen aktiv anzugehen. Dabei richtet er sich nach zwei hauptsächlichen Handlungsmaximen:

1. Der Stadtrat setzt die öffentlichen Gelder so effizient wie möglich ein:

- Er hat mit den verwaltungsübergreifenden Projekten „Prozess-Management“ und „Projekt-Management“ für eine Optimierung der Verwaltungsabläufe die Weichen gestellt und hat auch erste Personalentscheide gefällt.
- Der Stadtrat hat mit verschiedenen Massnahmen die Effizienz in der Leistungserbringung erhöht. So kommt der Werkhof seit der Verselbständigung Anfang 2006 trotz Mehrleistungen mit über 200 Stellenprozent weniger aus.

2. Der Stadtrat setzt die öffentlichen Gelder so nachhaltig wie möglich ein:

- Er nimmt seine Verantwortung als Exekutive einer Zentrumsgemeinde ernst und übernimmt, selbstverständlich gegen entsprechendes Entgelt, auch zusätzliche Aufgaben für die ganze Region. Zum Beispiel Repol, Betreibungsamt und regionales Zivilstandsamt.
- Der Stadtrat betreibt im Hinblick auf die Ansiedlung neuer wertschöpfungsstarken Unternehmungen eine aktive Landpolitik. Zum Beispiel möchte er aktiv dazu beitragen, dass beim Areal der ehemaligen Garage Lorang eine Überbauung hinkommt, die eine Wertschöpfung generiert.
- Der Stadtrat misst dem Standort-Marketing (Wohnstandort-Marketing und Wirtschaftsförderung) eine hohe Bedeutung zu und hat die entsprechende Abteilung auch personell aufgestockt, in der Meinung, dass es sich dabei ebenfalls um eine nachhaltige Ausgabe handelt.
- Der Stadtrat ist gewillt, die Standort-Attraktivität von Zofingen laufend zu erhöhen und will auch die dazu notwendigen Investitionen, vor allem im Bereich Verkehr, Bildung, Freizeit, Alter, Sport und Kultur, tätigen. So sollen neue, möglichst gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dazu veranlasst werden, ihren Wohnsitz nach Zofingen zu verlegen. Momentan funktioniert dies ziemlich gut, in den letzten drei Jahren wuchs die Bevölkerung jährlich um ca. 150 – 200 Personen.

Damit all diese Massnahmen konkret umgesetzt werden können, braucht der Stadtrat auch die entsprechenden Mittel. Diese werden durch einen Steuerfuss von 102 % gesichert.

Wenn die durch den Stadtrat geplanten, initiierten oder bereits realisierten Massnahmen greifen, kann er sich durchaus vorstellen, den Steuerfuss in einigen Jahren wieder zur Diskussion zu stellen.

Hr. Philipp Hangartner teilt mit, dass die SVP Zofingen heute Abend zusammen mit der FDP einen Antrag auf Steuerfussenkung auf 99 % fordern wird. Damit auch in Zukunft sorgfältig mit den Steuergeldern umgegangen wird und weil sie damit auch ihren Beitrag zur Erhöhung der Standort-Attraktivität leisten wollen. Er möchte vorausschicken, dass die folgenden Bemerkungen keinesfalls einen Angriff auf die einzelnen Fachstellen, welche mit der Budgetierung beauftragt waren, darstellen. Diese haben nach den Vorgaben sorgfältig, verständlich und fehlerfrei gearbeitet.

Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger dankt er für die positive Darstellung der Organisationsentwicklung und den vielen positiven Beispielen. Es ist wichtig, dass es so weiter geht und nicht jetzt zum Ende kommt.

1. Sorgfältiger Umgang mit den Steuergeldern:

- Momentan werden für ca. 4 Millionen Franken gerade mal vier HPS-Schulzimmer gebaut. Über diese Vorlage mussten sowohl der Einwohnerrat als auch die FGPK relativ kurzfristig entscheiden. Mit 4 Millionen Franken kann man auch ein Mehrfamilienhaus, welches mit

einer Nettorendite von 5 – 7 % vermietet werden kann, oder fünf bis sechs Einfamilienhäuser mit 36 Zimmern bauen. Das Argument, dass der Kanton Aargau über 1 Million Franken daran zahlt, gilt nicht, da es sich beim Geld des Kantons ebenfalls um Steuergelder handelt.

- Für die Trinermatte sollen ebenfalls ca. 4 Millionen Franken ausgegeben werden. Nachdem dieses Projekt 13 Mal umgeplant wurde und x-mal an die Planung zurückging, damit Kosten reduziert werden, hat der Einwohnerrat auch über diese Vorlage extrem kurzfristig entschieden. Was ist bei der Trinermatte wirklich neu für die 4 Millionen Franken? Wo liegt die Netto-Attraktivitätssteigerung für den Sport? Wie viel Mehrwert ist da denn drin?
- Ein neuer Trottenweiher wird gebaut. An einer Sitzung in diesem Saal wurde festgelegt, dass eine Treppe sowie ein zusätzliches WC im Budget Platz haben müssen. Und was resultiert jetzt daraus? Eigendynamik durch fehlende Führung, modern könnte es auch als Controlling bezeichnet werden. Das kostet schon wieder Geld.

Drei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Dies um aufzuzeigen, weshalb man ein wenig Druck ausüben will und eine zurückhaltendere Budgetierung gefordert wird, ohne versteckte Reserven. Es soll nach günstigeren Alternativen gesucht werden. Immerhin bestehen in dieser Abteilung acht Vollzeitstellen mit Lohnkosten von ca. 150'000 Franken.

Eine rückwirkende Betrachtung der gesamthaft umgesetzten Bauprojekte zeigt, dass in den letzten fünf Jahren jeweils nicht 75 % sondern 72 % der budgetierten Investitionen auch tatsächlich getätigt wurden. Trotzdem geht das vorliegende Budget wieder von 90 % aus. Künftige Vorhaben sollen realistischer und sorgfältiger geplant und ausgeführt werden. Es wird eine straffe Führung mit konsequentem Controlling gefordert. Auf die Frage an den Stadtammann, ob das Projekt-Controlling ein Finanz-Controlling beinhaltet, erhielt man leider eine negative Antwort. Es sollte aber so sein.

Vor drei Jahren wurde eine Motion der Finanzkommission mit 33 Stimmen angenommen. Dort steht auch drin, dass die Kosten reduziert werden müssen. Im vorliegenden Budget und im Investitionsplan sind die Ausgabenseiten relativ grosszügig geplant. Damit wird eine grosse Chance auf Nutzung von Sparpotenzial schlicht und einfach verschenkt. Auch die frisch gewählte Nationalrätin Esther Egger (CVP) warb in der Mittellandzeitung vom 13.10.2007 damit, dass sie Steuersenkungen und einen haushälterischen Umgang mit Steuergeldern unterstütze.

99 % Steuern in der laufenden Rechnung und im Investitionsplan sind möglich. Dies ohne Verzicht auf Leistung, ohne Verzicht auf Investitionen und ganz bestimmt auch ohne Eingriffe beim Personal. Einfach durch eine schlankere Budgetierung und einem bewussteren Umgang mit den Mitteln.

2. Standortattraktivität:

- Pulverturm, Museumsfassade, Musikschule und etliche Stadthäuser wurden in den vergangenen Jahren renoviert. Hat dies etwas zur Stadtattraktivität beigetragen? Sie sieht schöner aus und es waren willkommene Unterhaltsaufträge für das lokale Gewerbe, aber wirklich gebracht hat das der Stadt nichts. Die Verwaltung sitzt allenfalls in schöneren und grösseren Büros und hat die Möglichkeit sich noch weiter auszudehnen. Will man das wirklich?

Aber es gibt auch viel Positives:

- Neue, öffentliche Verkehrsverbindungen nach Bern
- Blockzeiten, übrigens unter dem Budget
- Man plant Alter, Sport und Individualverkehr
- Kultur und Erholungswert sowie Gesundheit haben heute schon einen guten Standard
- Arbeitsplätze kommen auch langsam wieder

Beim Steuerfuss sollte auch noch etwas unternommen werden. Im Vergleich zu anderen Regionalzentren wie Aarau (98 %), Baden (100 %) und Brugg (95 %) liegt Zofingen im Rückstand. Dies ist vielleicht der Grund, weshalb es nicht vorwärts geht mit der Industrie.

Der Stadtrat sagte er wolle ein attraktives Regionalzentrum. Das Problem ist nur, dass man nach einer Steuersenkung keine freundschaftlichen Geschenke mehr machen kann, weil es eng ist und man nachher nicht mehr der grosse Auftraggeber ist. Heute Abend hat man mehrmals gehört, man hätte einen Investitionsrückstand. Wie ist dies begründet? Weshalb sagt man das? Stimmt das überhaupt?

Weshalb sieht der Stadtrat Investitionen von rund 50 Millionen Franken in den nächsten fünf Jahren vor, durchschnittlich also rund 10 Millionen Franken pro Jahr, die nicht aus dem eigenen Sack bezahlt werden können? Warum wird nicht auf Basis einer Realisierungsquote von ca. 66 %, also 6,6 Millionen Franken pro Jahr, budgetiert?

Zofingen ist schuldenfrei. Eine massvolle Verschuldung durch die Investitionen ist verkräftbar, schreiben alle. Aber eine Verschuldung ist doch nicht ein primäres Ziel. Eine Steuersenkung wäre ein wenig Lohn für die Bürger, nämlich ca. 160 Franken pro Jahr. Es dürfen keine Steuern auf Vorrat erhoben werden. Die Mittellandzeitung hat am 15.10.2007 geschrieben, dass eine sinkende Steuerbelastung die Kaufkraft erhöhe. Das bedeutet Wirtschaftswachstum und dies bedeutet wiederum Wohlstandssteigerung. Deshalb Steuerfuss 99 %.

Man will nicht hoffen, man will Druck, man will Veränderung und man ist der Meinung, dass die Nachhaltigkeit über die letzten sechs Jahre gegeben ist. Zofingen hat 25 Millionen Franken weniger Schulden und durchschnittlich über 100 Neuzuzüger.

Hr. Daniel Schmid gibt bekannt, dass die FDP Zofingen heute Abend zusammen mit der SVP den Antrag stellen wird, den Steuerfuss auf 99 % festzulegen.

Das Budget wurde geprüft und man ist der Meinung, dass eine seriöse Budgetierung erfolgte, nach den Vorgaben des Stadtrates. Aber diese Vorgaben beinhalten zu viele Reserven. Zum Budget selbst werden keine Anträge gestellt, nur ein paar Fragen, mit der Hoffnung auf gute Antworten. Weniger Steuereinnahmen und keine Anträge auf Änderungen im Budget mag komisch erscheinen, aber dies ist gar nicht nötig, weil der Steuerertrag, der im Budget steht, auch mit 99 % eingebracht werden kann.

Eine Reduktion des Steuerfusses von 102 % auf 99 % ist möglich, ohne Verzicht auf alle vorgesehenen Investitionen und ohne schmerzliche Sparübungen beim Nettoaufwand, sei es beim Personal oder bei der Infrastruktur. Dies alleine durch eine realistische Budgetierung und Planung.

Der Stadtrat rechnet im Budget und im Finanz- und Investitionsplan mit einer Realisierung der vorgesehenen Investitionen von 90 %. In den letzten fünf Jahren wurden im Durchschnitt 72 % erreicht. 90 % sind völlig unrealistisch. Im Moment ist die Bauverwaltung in einer sehr schwierigen Situation. Wie sollen die Leute, die momentan dort arbeiten und in Zukunft dort arbeiten werden, im nächsten Jahr 10 Millionen Franken ausgeben. Selbst wenn der Präsident der FGPK dies vehement fordert, kann es nicht sein, dass man einfach investiert, nur damit die 10 Millionen Franken ausgegeben sind. Man muss dann investieren, wenn das Geld bereit steht und es reif ist, das Projekt zu realisieren. Das dauert dann vielleicht zwei Jahre und nicht nur acht Monate.

Der Kanton hat den Gemeinden empfohlen mit 4 % Steuerwachstum zu rechnen. Es ist auch richtig, dass der Kanton den Gemeinden mitgeteilt hat, sie sollen ihre eigene Situation gut analysieren. Dies steht nicht zur Diskussion. Es ist auch richtig, dass Zofingen diese Hausaufgaben macht. Aber gerade Zofingen als attraktive Wohngemeinde mit einer hervorragenden Verkehrsanbindung, mit einem überdurchschnittlichen Wachstum an Neuzuzüger, muss doch nicht nur mit 2,5 % rechnen, wenn man locker mit 4 % rechnen kann. Zofingen gehört in die Spitzengruppe beim Wachstum und nicht zum letzten Drittel.

Im Jahr 2006 wurde ein Steuerertrag von 29'107'000 Franken budgetiert. Realisiert wurde ein Steuerertrag von 30'288'000 Franken. Die Differenz ergibt 1,18 Millionen Franken, das sind in etwa 4 – 5 Steuerprozent. Ende 2005 war ein Steuerertrag von 27'733'000 Franken budgetiert und es wurde ein Steuerertrag von 28'644'000 Franken realisiert. Das ergibt eine Differenz von 911'000 Franken, das sind rund 3 Steuerprozent. Man sieht, die Steuern werden immer eher ein wenig knapp kalkuliert.

Eine umgekehrte Tendenz findet man beim Sachaufwand vor. Im Budget 2006 wurde der Nettoaufwand mit 23,4 Millionen Franken budgetiert. Tatsächlich war der Nettoaufwand bei 21,8 Millionen Franken. Die Differenz ist rund 1,6 Millionen Franken, das sind gut 5 % Steuerprozent. Im Jahr 2005 waren für den Nettoaufwand 24,1 Millionen Franken im Budget. Tatsächlicher Nettoaufwand 23,5 Millionen Franken. Differenz rund 600'000 Franken, das sind etwa 2 Steuerprozent.

Aufgrund dieser Vergangenheitsbetrachtung kann man davon ausgehen, dass auch das Budget 2008 mit etwa den gleichen Vorgaben von den entsprechenden Stellen ausgearbeitet wurde und deshalb vermutlich dieselben Fettpölsterchen beinhaltet.

Wie könnte ein Finanzplan aussehen, wenn man zwei Faktoren verändert, nämlich den realistischen Investitionsgrad und ein wenig optimistischere Steuerertragsprognosen? Herr Daniel Schmid erläutert dies anhand einer Tabelle. Am Nettoaufwand ist dabei nichts verändert worden. Die Steuereinnahmen wurden mit 99 % kalkuliert. Das Steuerwachstum bei den natürlichen Personen wurde mit 4 % und der Investitionsgrad mit 80 % eingesetzt. Die geplanten Nettoinvestitionen sind mit keinem Franken verändert worden. Aber der Abzug beträgt 20 %.

Man spricht über die Zukunft und niemand kann heute sagen wie die Zukunft sein wird. Aber mit den Prognosen, welche aufgrund der aktuellen Daten gemacht werden können, kann man viel optimistischer in die Zukunft schauen, als dies auf dem Finanzplan des Stadtrates dargestellt ist. Der Präsident der FGPK sagte, die Nachhaltigkeit sei nicht bewiesen. Die Nachhaltigkeit ist aber bewiesen.

Alle wollen Zofingen als attraktiven Wohn- und Arbeitsplatz erhalten, fördern und stärken. Dazu gehört auch ein attraktiver Steuersatz. Dies ist ein wichtiger Faktor. Die weiteren Faktoren, welche für die Standortattraktivität notwendig sind sowie die unbestrittenen Nachholinvestitionen, sind nicht gefährdet. Es dauert vielleicht sechs anstelle von fünf Jahren bis man alles gemacht hat.

Die Steuerfussreduktion lässt den Zofinger Einwohnern, und zwar arm und reich, mehr Geld im Portemonnaie. Dieses wird zu einem grossen Teil auch wieder in Zofingen ausgegeben und kommt entsprechend zurück.

Der berühmte Service Public ist absolut nicht gefährdet. Motiviertes und gut ausgebildetes Personal ist wichtig und steht nicht zur Diskussion. Ganz entscheidend ist aber, dass das Parlament den Stadtrat über die Finanzen führt. Wird weiterhin alles relativ grosszügig akzeptiert, wird der Stadtrat auch in Zukunft mit vielen Reserven arbeiten und Ende Jahr glänzende Ergebnisse vorweisen können. Geht man mit dem Steuerfuss auf 99 % runter, verändert sich nichts, aber man beginnt den Stadtrat ein wenig zu führen und dies macht Sinn.

Wer Zofingen als attraktive und prosperierende Kleinstadt im Mittelland erhalten und fördern will, kann und muss einer Steuerfussreduktion auf 99 % zustimmen. Wer als Einwohnerrat seine Verantwortung bezüglich finanzieller Führung der Stadt wahrnehmen will, kann und muss einer Steuerfussreduktion auf 99 % zustimmen. Eine massvolle Anpassung nach unten darf kein ideologisches Tabuthema sein. Sollte sich die Zukunft entgegen der Prognosen negativ entwickeln, sollte zum Beispiel die APK doch etwas kosten, dann ist auch eine Wiederanpassung des Steuerfusses nach oben kein Tabuthema.

Hr. Hans-Martin Plüss erklärt, dass die SP-Fraktion eine Reduktion des Steuerfusses einstimmig ablehnt. Hinter der ganzen Steuerfussdiskussion stehen noch viel wichtigere und grundsätzlichere Fragen.

Weshalb kommt die SP-Fraktion zu einer Ablehnung der Steuerfussreduktion? Das Budget 2008 ist ganz klar kein Glanzresultat. Es resultiert zwar ein schöner Finanzierungsüberschuss, welcher aber hauptsächlich den Übergangseffekten NFA und Aufgabenteilung zu verdanken ist, und welche wieder verloren gehen. Zudem wurde gesagt, es habe im Budget noch schöne Reserven. Die SP-Fraktion möchte gerne wissen, wo genau diese Reserven budgetiert wurden. Aus ihrer Sicht wurden in diesem Budgetprozess zum Teil übertrieben harte Entscheide getroffen. Dass man zum Beispiel den Beitrag an den Spittelhof kürzt, versteht sie nicht und wird dementsprechend bei der Detaildebatte bei einigen Punkten Anträge stellen.

Mit der APK-Ausfinanzierung läuft man dieses Jahr in einen Schuldenberg von 10 Millionen Franken hinein, also kein Glanzresultat. Die Fraktion hätte bei einzelnen Budgetposten gerne noch weitere Begründungen gewünscht, vor allem bei denjenigen Posten, bei welchen es gegenüber dem Vorjahr grosse Abweichungen gibt.

Bezüglich Finanzplan sind die Aussichten düster. Man startet mit 10 Millionen Franken Schulden, hat eine abnehmende Eigenfinanzierung, selbst bei einem Steuerfuss von 102 %, und es entsteht eine zunehmende Verschuldung. Man hat viele Investitionsvorhaben, es besteht Nachholbedarf. Trinermatte, Seniorenzentrum und Verkehr sind nicht nur Sachen, die der SP-Fraktion am Herz liegen, sondern sie sind durchaus nötig, dringend und wichtig. Zudem besteht bei der APK das Risiko, dass man da durchaus in ein 3 bis 5 Millionen Franken-Problem hineinläuft.

Es bestehen gewisse strukturelle Probleme. Will man Zofingen mit Aarau und Baden, welche einen Steuerfuss von nicht ganz 100 % haben, vergleichen, dann hat Zofingen einfach viel zu wenig Ertrag aus Aktiensteuern. Die Stadt Aarau zum Beispiel hat ein Vermögen, woraus sie hohe Einnahmen generiert. Aarau und Baden haben eine andere Ausgangslage als Zofingen. Wenn man erreichen will, dass Zofingen mit Aarau und Baden verglichen werden kann, braucht es noch mehr Mittel, noch mehr Substanz.

Heute stellt sich die Grundsatzfrage wo man hin will mit dieser Stadt. Seit zwei oder drei Jahren herrscht Aufbruchstimmung. Durch Veränderungen von Aussen – NFA, Aufgabenteilung, APK, regionale Zusammenarbeit, Repol usw. – war man unter Druck. Intern hat der Stadtrat die Verwaltung auf den Kopf gestellt und reorganisiert. Man hat Blockzeiten und ein Jugendkonzept eingeführt. Es wurden viele Schritte in die gute Richtung vorgenommen. Auf der Verwaltung und im Stadtrat hat man hart gearbeitet. Das wird auch weiterhin so bleiben, denn die Probleme gehen nicht aus. Man muss viel investieren und auch auf Verwaltungsebene sind noch harte Massnahmen umzusetzen. Soll das so weitergehen oder soll ein Kurswechsel stattfinden? Aus Sicht der SP-Fraktion soll auf keinen Fall auf die Bremse getreten werden. Der Nachholbedarf soll nachgeholt werden, auch Tagesstrukturen sollen eingeführt werden.

Er hat vor einem Monat gesagt, dass auf Bauvorhaben wie die Trinermatte verzichtet werden muss, wenn man jetzt wirklich runter will mit den Steuern. Herr Hangartner hatte ausgeführt, dass man sich überlegen müsste, ob solche Investitionen nötig sind. Als unsorgfältiger Umgang mit den Finanzen hat er auch die Trinermatte erwähnt. Der Rat hat dann ganz klar nein gesagt, er wolle das nicht, er wolle in dieser Stadt ein hohes Niveau erreichen, auch bei den Sportanlagen. Jetzt sollte man also keinen Kipphandstand machen.

Aus Sicht der SP-Fraktion ist die Frage, ob man jetzt weiterhin Gas geben soll beim Vorwärtsmachen, auch bei den Investitionen. Das ist eine wichtige Frage, welche dem Stimmbürger vorzulegen ist. Deshalb wird sie beantragen, dass man das Budget, auch wenn der Steuerfuss bei 102 % bleiben sollte, der Urnenabstimmung unterstellt. Die Steuersenkung ist nicht verantwortbar. Begründet wurde diese zum Teil mit dem Spardruck. Bei den einzelnen Budgetposten soll doch bitte jemand antreten und erklären, wo dieser Spardruck stattfinden soll. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Steuerfussreduktion ganz klar kein Mittel ist, um Spardruck zu erzeugen, sondern höchstens um den Finanzhaushalt der Stadt auszuhungern.

Bezüglich Attraktivität ist er der gleichen Meinung wie Herr Schmid, der Steuerfuss gehört ebenfalls zur Attraktivität einer Gemeinde und natürlich sind Steuersenkungen schön. Aber Steuersenkungen sind nach zwei Monaten in der Regel vergessen. Wenn mit einer Steuersenkung geliebäugelt wird, braucht es zuerst Geduld. Der Schuldenberg der APK-Ausfinanzierung muss bewältigt werden und man muss schauen, ob es bei den 8 Millionen Franken bleibt.

Nach seiner Auffassung muss sich die Stadt eher antizyklisch verhalten. Nur weil alle anderen Gemeinden mit den Steuern runter gehen, muss Zofingen nicht auch noch die Steuern senken. Warum soll man jetzt, wo es allen gut geht, mit den Steuern runter und wenn es allen schlecht geht wieder rauf?

Die SP-Fraktion beantragt den Steuerfuss bei 102 % zu belassen.

Hr. Hans Rudolf Schlatter stellt fest, dass bereits alles gesagt wurde. Der Ist-Zustand der Stadt wurde vom Stadtammann und von Herrn Moor analysiert. Die Vor- und Nachteile haben alle gehört.

Die Dynamische Mitte steht ebenfalls ein für gesunde Stadtfinanzen. Sie steht auch ein für eine Stadt, welche agieren und nicht nur reagieren können muss, welche Schwerpunkte setzen kann, sei dies personeller Art oder investitionsmässig. Dafür braucht es gesunde Finanzen und möglichst keine, oder nur wenig Schulden. Für die Dynamische Mitte ist die Lage, wie es mit den Einnahmen und Ausgaben weitergeht, nicht ganz klar. Im Gegensatz zur FDP glaubt sie aber nicht, dass Zofingen künftig mehr als 2,5 % Steuern zusätzlich einnehmen können. Zofingen ist eben nicht der Aargauer Durchschnitt. Die Aktiensteuern werden auch nicht gross steigen. Auf der Ausgabenseite ist der Pensionskassenwechsel immer noch nicht ganz verdaut. Da können noch Ausgaben in Millionenhöhe auf Zofingen zukommen.

Es wird seit Jahren wiederholt, dass zu wenig investiert wird. Eine Liste mit über 50 Projekten wurde verteilt. Einige Projekte, welche nicht aufgeführt und offen sind, könnte man noch anhängen. Das alles kostet Geld und man sieht im Moment noch nicht genau, wann es wie viel braucht. Deshalb ist es für die Dynamische Mitte ebenfalls zu früh, um den Steuerfuss zu senken. Sie will bei 102 % bleiben, ist aber bereit, dies jährlich wieder zu diskutieren. Wenn es Zofingen in vier oder fünf Jahren wieder gut geht, können die Steuern dann gesenkt werden.

Hr. Christoph Dombrowsky erklärt, dass er die rechte Ratshälfte enttäuschen muss, da er das Gefühl hat, dass der Stadtrat die Steuergelder gar nicht selber „frisst“. Wenn die Steuern gesenkt werden, fehlt das Geld nicht der Regierung sondern der Stadt. Und wenn Geld fehlt, kann man eigentlich nur drei Sachen unternehmen: Man probiert mehr Geld einzunehmen, man investiert weniger oder man spart es zusammen.

Mehr einnehmen: Wenn eine Steuerfussenkung um knapp 3 % den Einnahmeverlust, welcher dadurch entsteht, auffangen soll, dann müsste man von einem doppelten Steuerwachstum ausgehen. Die Klientel, welche sich Zofingen als Steuerzahler wünscht, sind keine Migros-Budget-Käufer. Sie wollen Qualität und nicht irgendein Städtchen zum günstigsten Preis. Es ist unseriös zu glauben, dass die 3 % die Attraktivität von Zofingen verdoppeln könnten.

Weniger investieren wäre wohl das fatalste, was Zofingen machen könnte. Erstens für das Gewerbe und zweitens schaffen die geplanten Investitionen genau die Qualität, welche Zofingen bieten muss, wenn man weiterhin ein gutes Steuersubstrat abschöpfen will.

Da bleibt nur noch etwas, das Budget zusammenstreichen. Entweder jegliche Standortqualitäten aus dem Budget nehmen oder sich auf den Standpunkt stellen, dass in diesem Budget Geld verschwendet und verschleudert wird. Genau dieser Standpunkt ist der letzte, der übrig bleibt, wenn man den Steuerfuss senken will.

Wird in Zofingen Geld zum Fenster rausgeworfen? Der Einwohnerrat hat neun Personen gewählt, welche die Aufgabe haben, dies zu überprüfen. Die FGPK, in welcher alle Fraktionen vertreten sind, hat diese Aufgabe sehr ernst genommen. Sie hat das Budget geprüft und von denen, die jetzt in einer Ruckzuck-Aktion die Steuern senken wollen, ist im Zusammenhang mit der Budgetprüfung der Vorwurf, es werde verschwendet, nie und mit keinem Wort gefallen. Ebenso wenig wollten sich diese Fraktionen zu einer Änderung des Steuerfusses äussern. Ich wundere mich sehr, dass ein solch einschneidender Entscheid, auf 1 Million Franken Steuereinnahmen zu verzichten, offensichtlich so unseriös ist, um dies in der Kommission zu diskutieren, welche sich mindestens zweimal im Jahr intensiv mit den Finanzen auseinandersetzt. Mit diesem Vorgehen hat diese Hälfte bewiesen, dass eine Steuersenkung in der jetzigen Situation derart unüberlegt und unbegründbar ist, dass man sich nicht getraut hat, dies der FGPK vorzulegen.

Den Steuerfuss im jetzigen Moment, in der jetzigen Situation zu senken ist gefährlich, unseriös, unverantwortlich und unnötig.

Fr. Patricia Misteli hält fest, dass die Steuerrückmeldung durchaus auch dem Parlament vorbehalten sein darf. Wenn man die Stärkeverhältnisse der FGPK anschaut, ist es verlorene Zeit, die Diskussion dort zu führen.

Nicht sparen ist nicht die Aussage der FDP, nicht investieren auch nicht. Es gibt zwei gewünschte Instrumente, ein grösseres Wachstum mit den 4 % zu rechnen und bei den Investitionen einen Realisierungsgrad von 80 % anstelle 90 %. Dann liegen die 3 % drin. Das ist der Vorschlag der FDP.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung.

Beratung Zahlenteil Voranschlag 2008

2 Bildung

Fr. Anita Bolliger teilt mit, dass die Dynamische Mitte einen Antrag stellen will. In Zofingen bestehen gute Verhältnisse was die Bildung betrifft, dies zeigte auch der externe Evaluationsbericht. Das heisst nicht, dass es nichts mehr zu tun gibt. Innovative Ideen sind nach wie vor gefragt. Eine dieser innovativen Ideen sind die Tagesstrukturen. Solche sind ein Teil des Bildungskleeblattes und ein Punkt aus dem Legislaturprogramm der Schulpflege. Eine Arbeitsgruppe mit einer externen Fachperson und zwei Mitgliedern des Stadtrates arbeiten bereits daran. Auch ein Postulat der FDP-Fraktion ist auf dem Tisch. Tagesstrukturen sind bei vielen ein grosses Anliegen und werden Zofingen, besonders für Leute mit Kindern, bestimmt noch attraktiver machen als es schon ist. Dass dies nicht zum Nulltarif zu haben ist, weiss man. Der Stadtrat geht davon aus, dass es einen sechsstelligen Betrag braucht, um dies zu realisieren. Die Dynamische Mitte wünscht sich deshalb, dass es einerseits mit den Tagesstrukturen vorwärts geht und dass andererseits der Bürger sieht was es kostet. Sie beantragt deshalb, es sei ein Budgetposten Tagesstrukturen zu schaffen und dort sei ein Betrag von 100'000 Franken einzusetzen.

Für Fr. Patricia Misteli scheint dies doch ein wenig ein Schnellschuss zu sein. In der Antwort des Stadtrates auf das Postulat der FDP ist zu lesen, dass eine Arbeitsgruppe daran arbeitet. Und bevor man einen Betrag ins Budget aufnimmt, will man zuerst doch wissen, wie das Konzept aussieht und für wen es wie viel kostet. Sie bittet den Einwohnerrat, diesen Antrag abzulehnen.

Fr. Jolanda Henzmann schliesst sich den Worten von Frau Misteli an. Sie weiss aus gut informierten Kreisen, dass diese Zahl weitaus übertrieben ist. Es soll abgewartet werden, bis die eigentlichen Zahlen bekannt sind.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hält fest, dass man weiss, dass eine Arbeitsgruppe daran arbeitet. Bis im nächsten August sind es ungefähr noch dreiviertel Jahr. Er hofft, dass bis dann ein Konzept abgesegnet und die ersten Räumlichkeiten gefunden wurden. Die Dynamische Mitte möchte deshalb für das Schuljahr 2008, bis Ende 2008 100'000 Franken ins Budget aufnehmen, damit man richtig starten kann.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über den Antrag der Dynamischen Mitte abstimmen:

Es sei ein Budgetposten Tagesstrukturen in der Höhe von 100'000 Franken zu schaffen.

Dem Antrag wird mit 21 : 17 Stimmen zugestimmt.

3 Kultur und Freizeit

Hr. Philippe Dietschi teilt mit, dass die SP beim Budgetposten 300 Kulturförderung einen Antrag stellt betreffend Beiträge an kulturelle Vereine und Anlässe und interne Verrechnung Kulturstelle. Die SP-Fraktion ist erfreut, dass eine Kulturstelle geschaffen wird, möchte aber nicht, dass diese zu Lasten der bisherigen Beiträge an kulturelle Vereine und Anlässe finanziert wird. Diese Vereine leisten eine langjährige und wertvolle Arbeit, auch für die Attraktivität der Stadt Zofingen. Sie stossen auf grosses Interesse bei Kulturinteressierten aus der Stadt und der Region und auch darüber hinaus. Beim Antrag geht es um die 20'000 Franken, welche weiterhin den kulturellen Vereinen und Anlässen zukommen sollten. Im Verhältnis zum gesamten Budget ein kleiner Posten. Die 20'000 Franken wären eine einschneidende Reduktion für die einzelnen

Kulturbetriebe und ihre Finanzplanung. „Ja“ zu einer Attraktivitätssteigerung dank der neu geschaffenen Kulturstelle und den bisherigen einheimischen Kulturvereinen, damit diese auch in Zukunft in der Stadt Zofingen eine zuverlässige Partnerin finden, auch in finanzieller Hinsicht.

Fr. Patricia Misteli hält fest, dass vor wenigen Minuten gesagt wurde, man mache sich Sorgen um die Zukunft. Und jetzt wird teilweise ungeplant Geld zum Fenster hinaus gebuttert. Will man damit beweisen, dass man die 102 % braucht, oder dass sogar wirklich noch Reserven vorhanden sind.

Hr. Peter Wullschleger erklärt Frau Misteli, dass die FGPK das Budget gelesen hat und dies nicht als unnötig oder verlorene Zeit angesehen hat. Der FGPK ist aufgefallen, dass 20'000 oder 30'000 Franken fehlen. Hier geht es nicht um eine Grundsatzfrage, sondern es wird gestrichen und das will man nicht.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über den Antrag der SP abstimmen:

Die neu geschaffene Kulturstelle soll nicht zu Lasten der jährlichen Beiträge an die kulturellen Vereine und Anlässe finanziert werden. Das Konto 300.365.01 Beiträge an kulturelle Vereine und Anlässe soll deshalb um 20'000 Franken erhöht werden.

Dem Antrag wird mit 20 : 17 Stimmen zugestimmt.

Gemäss Fr. Verena Liebi setzt sich auch die SP für einen sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern ein. Deshalb hat sie das Budget genau angeschaut. Es darf nicht sein, dass wegen linearen Sparübungen unmotiviert auf dem Buckel wichtiger Zofinger Institutionen gespart wird. Der Zofinger Spittelhof leistet im Bereich des Freizeitangebotes für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sehr wichtige Arbeit. Die wachsenden Besucherzahlen sind ein Beweis für die hohe Qualität des Angebotes. Diese Institution gehört zu den Standortvorteilen Zofingens. In Anerkennung der guten Arbeit und in der Überzeugung, dass das Geld gut angelegt ist, empfiehlt die SP-Fraktion, den Beitrag wie in den Vorjahren auf 150'000 Franken zu belassen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über den Antrag der SP abstimmen:

Der Beitrag an den Spittelhof soll nicht gekürzt werden und sei wie in den Vorjahren auf 150'000 Franken zu belassen.

Dem Antrag wird mit 21:13 Stimmen zugestimmt.

6 Verkehr

Hr. Heinz Vöckl stellt fest, dass unter Position 621.380.01 Einlage in Spezialfonds jährlich 200'000 Franken eingelegt werden. Per Ende 2007 liegen bereits 2,33 Millionen Franken in der Schatulle. Aus dem Investitionsplan sind bis 2012 keine Massnahmen für ein Parkhaus ersichtlich. Wie und wie lange soll das so weitergehen? Ist etwas Konkretes geplant? So werden Millionen brachgelegt. Eine Jahrestanche würde knapp einem Steuerprozent entsprechen.

Hr. Marcel Thüler findet es gut, wenn ein wenig Reserven gebildet werden. Von allen Fraktionen hat man schon gehört, dass sie am liebsten irgendwo ein Loch graben und ein Parkhaus bauen möchten. Wenn man bereits etwas auf der Seite hat, geht es mit der Finanzierung schneller voran. Dies ist wieder ein Punkt, nur um das Budget zu kürzen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass im Bereich eines Parkhauses irgendetwas realisiert werden muss. Der Stadtrat hat dies noch nicht einbezogen, weil es noch nicht spruchreif ist. Er hat sich aber bereits unter Führung des Sicherheitsressorts, diverse Male über diese Thematik unterhalten. Für den Stadtrat ist klar, dass irgendwann ein neues Parkhaus kommen muss. Selbst wenn in diesem Fonds über 2 Millionen Franken sind, kommt man nicht allzu weit, wenn eine Investition für das Parkhaus getätigt werden muss. Der Stadtrat ist ganz dezidiert der Meinung, diese Einlagen weiterhin vorzunehmen. Der Stadtrat hat sich zum

Grundsatz gemacht, dass er Sachen, die mit der Positionierung des Parkhauses zu tun haben, welche er noch nicht genau weiss, nicht in den Finanzplan aufnimmt.

7 Umwelt, Raumordnung

Hr. Michael Wacker hält fest, dass am 19. Juni 2006 ein Postulat an den Stadtrat überwiesen wurde zwecks Planung einer neuen Aufbahrungs- und Abdankungshalle beim Friedhof Bergli. Im Investitionsplan 2008 – 2012 ist dies nicht vorhanden. Er geht davon aus, dass dies beim Stadtrat noch nicht diskutiert wurde. Unter 740.314.01 findet man aber einen Budgetkredit über 130'000 Franken zur Sanierung der WC-Anlagen und unter 790.318.01 ein Vorprojekt Aufbahrungsraum Bergli über 15'000 Franken. Ist es tatsächlich so, dass das Postulat ins Leere läuft? Respektive ist die Überprüfung des Stadtrates so weit gediehen, dass er meint, man brauche dort keine Abdankungshalle? Oder ist zu erwarten, dass in einem der nächsten Budgets noch ein Projektierungskredit enthalten ist für eine neue Abdankungshalle auf dem Bergli?

Fr. Therese Müller, Stadträtin, erklärt, dass es keine Aufbahrungshalle gibt, sondern einen Aufbahrungsraum. Eine Aufbahrungshalle ist ein sehr teurer Aspekt, ein Aufbahrungsraum ist weniger teuer. Die Abdankungen kann man in den Kirchen abhalten. Die WC-Anlagen sind in einem sehr desolaten Zustand. Beim Spülen erhält man zuerst eine kleinere Dusche und danach läuft es an der Wand hinunter. Dort muss unbedingt etwas unternommen werden. Dies ist deshalb auch im Budget enthalten.

8 Volkswirtschaft

Fr. Patricia Misteli erklärt, dass sie nicht aus Lustlosigkeit an dieser FGPK-Sitzung nicht anwesend war, sondern wegen Ferienabwesenheit.

Bei den beiden Konten Beitrag Open Air Classics (830.365.09) und Beitrag Open Air Kino (830.365.10) wurde vor einem Jahr gesagt, es handle sich bei den 30'000 Franken um eine Anstossfinanzierung. Wie lange dauert diese Anstossfinanzierung, wenn man bedenkt, dass renommierte Anlässe wie „New Orleans meets Zofingen“ im Schnitt 5'000 Franken erhalten?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, antwortet, dass er diese Frage bereits in der FGPK beantwortet hat. Die Situation ist diese, dass eine historisch gewachsene Beitragspraxis besteht. Viele dieser gezielt unterstützten Events sind seit Jahren mit ungefähr den gleichen Beiträgen dabei. Momentan ist man daran, diese Sache zu bereinigen und so weit möglich klare Kriterienraster zu erstellen, welche Veranstaltungen mit welchen Beiträgen versehen werden sollen. Es wurde ein Veranstaltungskalender erstellt, in welchem grössere Veranstaltungen fix definiert sind. Diese ballen sich erfahrungsgemäss im Juni und August, da gehören alle diese Veranstaltungen dazu. Der Stadtrat ist aber überzeugt, dass einige Beiträge überdenkt werden müssen. Es ist aber nicht so, wie in der FGPK vermutet wurde, dass die neueren Veranstaltungen mehr erhalten. Beim Powerman, eine Veranstaltung die bereits sehr lange besteht, und relativ viel Geld erhält und bei den Vergaben Spitzenreiter ist, wurde bereits informiert, dass der Beitrag in den nächsten Jahren zurückgehen wird.

Was die Anstossfinanzierung des Classics Open Air anbelangt, wurde mit dem Organisator vereinbart, dass man 3 Jahre so verbleibt. Man soll nicht den Eindruck erhalten, dass sich der Veranstalter ungebührlich bereichert. Er will zusammen mit der Stadt Zofingen etwas aufbauen. Im ersten Jahr hat er ein Defizit von 40'000 Franken, das er selber trägt, eingefahren. Dabei handelt es sich nur um externe Kosten. Dieser hält aber am Standort Zofingen fest und ist überzeugt, dass es sich dabei um eine nachhaltige Sache handelt.

So wie sich der Bio marché entwickelt hat, ist er ein besserer Werbeträger und hat mehr verdient als hier steht, so dass die Relation wieder stimmt. Es muss auch aufgenommen werden, dass sich Veranstaltungen sowohl im positiven wie auch im negativen Sinn entwickeln können, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. Im Moment ist der Stadtrat am korrigieren.

9 Finanzen, Steuern

Hr. Daniel Schmid zeigt auf, dass die Position 940.322.01 Zinsen für langfristige Schulden, welche im Voranschlag mit 800'000 Franken eingestellt ist, mit einem Stern versehen ist. Das heisst es gibt dazu eine Begründung. Bei dieser steht, dass für den Finanzierungsfehlbetrag und die Finanzierung der Pensionskassenkosten voraussichtlich rund 11 Millionen Franken langfristige Darlehen aufgenommen werden müssen. Wenn man am 1. Januar 11 Millionen Franken bezahlen muss und diese ein Jahr lang am Zins liegen, würde dies bei 5 % 550'000 Franken Zins kosten. Im Budget sind aber 800'000 Franken eingestellt. Gibt es noch andere langfristige Schulden, bei welchen der Zins am laufen ist? Oder ist dies so eine Position, welche ein wenig übervorsichtig budgetiert wurde? Oder steht es um die Bonität der Stadt tatsächlich so schlecht, dass sie einer Bank 8 % bezahlen muss, wenn alle anderen 3 % bezahlen müssen?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass er die Fragen nicht beantworten wird. Er möchte den Ball gerne dem Leiter Finanzen zuspiesen. Deshalb weil sich René Küng durch seine medienmässige Begründung in seiner Ehre gepackt fühlte. Er möchte ihm gerne die Chance geben, hier alles genau zu erklären.

Hr. René Küng, Leiter Finanzen und Personal, hält fest, dass mit 3 bis 3 ¼ % Zins gerechnet wird. Per Ende 2006 hatte Zofingen noch 15 Millionen Franken langfristige Schulden mit einem Durchschnittssatz von gut 3 %. Die einzelnen Kredite laufen über mehrere Jahre. Man ist dran laufend abzulösen und konnte billiger finanzieren. Zudem ist man bestrebt, die Kapitalien günstig aufzunehmen. Die Pensionskassenkosten werden am 1. Januar fällig. Das Cash-Management wurde ziemlich gestrafft und wird täglich kontrolliert. Gewisse Finanzierungen werden jetzt kurzfristig getätigt. Früher hat man, um die Spitze abzudecken, langfristige Darlehen aufgenommen. Zofingen hat etwa 70 Millionen Franken Umsatz. Bis Ende April gehen gut ein Drittel bis 40 % der Steuergelder ein, Ende Oktober kommt auch etwas rein und der Rest kommt, mit viel Glück, Ende Jahr oder im Folgejahr. Die Löhne und die Ausgaben müssen vorneweg finanziert werden. Die Bilanzsumme beträgt gut 60 Millionen Franken. Jede Firma braucht auch ein gewisses Betriebskapital, damit sie funktionieren kann. Zofingen wurde in den letzten zwei Jahren von mehreren Finanzinstituten geprüft und hat das beste Rating, das man haben kann, dank der guten Verschuldenssituation. Überschüssige Liquidität, welche unter dem Jahr entstehen kann, wurde sehr gut angelegt. Momentan gibt es auf dem Kontokorrent 2,5 % Zins. Die Liquidität wird optimal gemanagt. Es wird sehr gut darauf geachtet, dass teures Geld nicht einfach irgendwo liegen bleibt und nicht damit gearbeitet wird.

Hr. Daniel Schmid weiss, dass gut gearbeitet wird. Aber man könnte es noch toppen indem man bei den Begründungen hinschreibt, dass noch 15 Millionen Franken langfristige Schulden zu 3 % vorhanden sind. Dann können alle feststellen, dass die 800'000 Franken berechtigt sind.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, möchte gerne noch einige zusätzliche Entscheidungsgrundlagen liefern. Grundsätzlich ist er optimistisch eingestellt, was die Zukunft Zofingens anbelangt, und wenn man anpackt wird es auch so. Aber es gibt gewisse Tatsachen, welche man hinnehmen muss. Diese Tatsachen sind Momentaufnahmen, man kann etwas dagegen unternehmen oder es sein lassen. Wie optimistisch sollen die Steuererträge budgetiert werden? Hätte der Stadtrat ein gutes Gewissen gehabt mit 4 % Steigerungsrate zu rechnen, hätte er es ganz klar so gemacht. Aber er hatte dabei kein gutes Gewissen. Er erläutert die Entwicklung der Steuerkraft Zofingens und die Entwicklung der Aktiensteuern anhand einer Power-Point-Präsentation, welche diesem Protokoll als Anhang beigefügt wird.

Investitionsrechnung – Zusammenzug nach Sachgruppen

Hr. Fritz Hirschi zeigt auf, dass auf der Seite 82 ein riesengrosser Betrag für die Planung des Seniorenzentrums zu sehen ist. Auch in der langfristigen Planung ist es der grösste Brocken, der in den nächsten Jahren zu bewältigen sein wird. Es sind 12,3 Millionen Franken eingestellt. Im Sinne der Transparenz wäre er froh um ein paar Informationen des Stadtrates. Was hat man im Sinn? Wie ist der Stand der Vorplanung? Und insbesondere möchte er, dass der Stadtrat auf die 1,3 Millionen Franken zurückkommt, welche für die Planung des Seniorenzentrums vorgesehen sind, da es ihn ein relativ grosser Betrag dünkt. Es geht ihm auch darum zu hören, dass man das im Griff hat, jemand professionelles in der Planung hat und nicht Trinerplatten-Verhältnisse entstehen.

Fr. Therese Müller, Stadträtin, erklärt, dass sie die Anfrage von Herrn Hirschi bereits im Vorfeld erhalten hat und sich erkundigen konnte. Das Seniorenzentrum Rosenberg und Tanner muss in den nächsten Jahren baulich dermassen umgestaltet werden, damit es die Erfordernisse für die Zukunft erfüllt. Insbesondere das 42-jährige Heim Rosenberg. Dies entspricht eindeutig nicht mehr den heutigen Anforderungen an ein Pflegeheim. Ziel ist es auch im Rahmen der Sanierungen und Erneuerungen eine Anzahl der dringend erforderlichen Alterswohnungen zu schaffen.

In den vergangenen zwei Jahren wurden umfangreiche Studien durchgeführt. Seit einiger Zeit ist auch „Neues Wohnen“ im Budget mit 250'000 Franken eingestellt. Beteiligt ist das Architekturbüro Burkard, Meyer aus Baden, welches vor Jahren das Heim Tanner geplant hat. In den 1,3 Millionen Franken sind verschiedene Fachplaner und der Energiebereich enthalten. Im Moment wird noch ein vertieftes Gutachten betreffend Zustand des Rosenbergs erarbeitet. Dieses sollte eigentlich bis Ende Jahr vorliegen.

Es sind Grundlagen vorhanden, damit mit der konkreten Planung gestartet werden kann. Dazu sind die in der Investitionsrechnung budgetierten Planungskosten von 1,3 Millionen Franken da. In dieser Summe sind alle Honorare, Kosten, Gebühren etc. bis zur Vorlage eines baureifen Projektes enthalten. Über das ganz genaue Vorgehen, unter Berücksichtigung des Submissionsdekretes, wird entschieden, wenn alle Fakten vorliegen. Der Verpflichtungskredit wird dem Einwohnerrat im Laufe des nächsten Jahres zur Genehmigung vorgelegt. Bei dieser Gelegenheit kann dann auch detaillierter informiert werden, auch betreffend Submissionsdekret.

Beratung Finanz- und Investitionspläne 2008 – 2012

Abwasserbeseitigung

Hr. Hans Rudolf Schlatter stellt fest, dass seit Jahren ein Guthaben von 4 bis 5 Millionen Franken besteht. In den nächsten paar Jahren bleibt es bestehen, auch wenn es ein wenig sinkt gegen 2012. Ist es sinnvoll, dass man 4 bis 5 Millionen Franken gespart hat? Würde man nicht besser etwas machen mit diesem Geld, zum Beispiel Regenwasserversickerung forcieren, Separatableitungen erstellen für Regen, Abwasser usw.? Dann würde nämlich auch die Wassermenge, die zur Kläranlage geht wieder kleiner und man könnte wieder etwas sparen.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, hält fest, dass der Stadtrat bereits vor einigen Jahren festgestellt hat, dass das Guthaben der Abwasserrechnung wahrscheinlich zu hoch ist. Aus diesen Überlegungen hat er die Abwassergebühren in zwei Schritten massiv gesenkt. Heute ist man auf nicht mehr kostendeckende 1.30 Franken. Nicht mehr kostendeckend mit der Idee, dass die Reserven der Abwasserrechnung abgetragen werden.

Der Stadtrat kommt seinen Aufgaben im Bereich Kanalisationsunterhalt und Weiterentwicklung der Kanalisationen nach. Nicht zuletzt zeigt die generelle Entwässerungsplanung, welche Anfang Jahr fertig gestellt wurde, dass die Kanalisationen in einem guten Zustand sind. Im Bereich der angesprochenen Investitionsmöglichkeiten ist es sicher so, dass Private in Form geringerer Anschlussbeiträge unterstützt werden, wenn sie dort wo es möglich ist versickern lassen. Leider ist dies nicht im ganzen Gemeindegebiet möglich. Bei Neuerschliessungen versucht man mit Separatableitungen zu arbeiten, aber es übersteigt die Möglichkeiten und der Betrag, der auf der hohen Kante liegt, wird nie ausreichen um ein getrenntes Wasser-/Abwasser-System zu bauen.

Beratung Investitionsplan

Hr. Marcel Thüler möchte gerne wissen, was genau mit den Pflanzgärten vor sich geht.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass das Thema Pflanzgärten ein relativ langfristiges Unternehmen ist. Man hat vor beinahe zehn Jahren beschlossen, dass man sie in den Bereich angrenzend an die Gemeinde Oftringen, wo die Einwohnergemeinde Land hat, verlegt. Ziel wäre, dass man das Land, auf welchem die Pflanzgärten jetzt sind, nutzbar macht, um es am Stück zur Verfügung zu haben, um Ansiedlungen vorzunehmen, da es sich um Areal in der Industriezone handelt. Nachher werden sie in den nördlichsten Teil des Gemeindege-

bietes gezügelt und neu angesiedelt. Dafür benötigt es noch zwei oder drei Landabtausche. Zurzeit laufen die Verhandlungen mit Privaten.

(Sitzungspause)

Abschnittsweise Beratung der Einwohnerratsvorlage zum Voranschlag 2008

XIII Fakultatives Referendum

Hr. Hans-Martin Plüss stellt fest, dass lange über den Steuerfuss diskutiert wurde; er geht davon aus, dass der Antrag von Seiten von SVP und FDP dann tatsächlich auch noch gestellt wird. Die Steuerfussfrage ist für die Stadt Zofingen eine sehr wichtige Frage und die SP-Fraktion erachtet es als richtig, dass man diese Frage so oder so dem Volk vorlegt. Die SP-Fraktion möchte beantragen, dass das Budget, auch wenn der Steuerfuss bei 102 % bleiben sollte, automatisch der Urnenabstimmung unterstellt wird. Gemäss § 7 Abs. 1 der Gemeindeordnung kann der Einwohnerrat dies beschliessen.

Hr. Hans Rudolf Schlatter erklärt, dass die Fraktion der Dynamischen Mitte den Antrag ebenfalls diskutiert hat und zu einem anderen Schluss gekommen ist. Die Dynamische Mitte ist grossmehrheitlich der Ansicht, dass der Einwohnerrat Vertreter des Volkes ist und sie will ihre Verantwortung hier wahrnehmen und hier abschliessend abstimmen. Wenn nachher jemand das Referendum ergreifen will, ist dies eine andere Sache. Der Einwohnerrat ist verantwortlich für das Budget und den Steuerfuss.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über den Antrag der SP abstimmen:

Das Budget sei gemäss § 7 Abs. 1 der Gemeindeordnung der Urnenabstimmung zu unterstellen.

Der Antrag wird mit 30 : 7 Stimmen angenommen.

XIV Anträge

Hr. Daniel Schmid teilt mit, dass der angekündigte Antrag gestellt wird. Die FDP stellt den Gegenantrag zum stadträtlichen Antrag unter Punkt XIV, Punkt 2:

Zur Deckung der Investitionen und zur Finanzierung des daraus entstehenden Abschreibungsbedarfs seien im Jahr 2008 99 % Gemeindesteuern zu beziehen.

Nebst diesem inhaltlichen Antrag stellt die FDP einen Ordnungsantrag zum Abstimmungsprozedere. Zuerst soll über den Steuerfuss und dann über das Budget abgestimmt werden:

Über Punkt 2 „Steuerfuss“ sei als erstes unter Namensaufruf gemäss § 45 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates abzustimmen. Danach über den Voranschlag, gemäss Vorlage Punkt 1, und schliesslich sei vom Investitions- und Finanzplan 2008 – 2012 Kenntnis zu nehmen.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hat vorhin gesagt, dass der Einwohnerrat die Verantwortung trägt und er diese Verantwortung wahrnehmen soll. Der Stimmbürger hat das Recht zu wissen, wer für oder gegen eine Steuerfussenkung stimmt. Deshalb wird dieser Antrag gestellt.

Der Vorsitzende verliest folgenden Ordnungsantrag:

Über den Punkt 2 sei als erstes unter Namensaufruf gemäss § 45 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates abzustimmen. Danach über den Voranschlag gemäss Punkt 1 und schliesslich sei vom Investitions- und Finanzplan Kenntnis zu nehmen.

Hr. Hans-Martin Plüss sieht nicht ganz ein, was die Reihenfolge der Abstimmungspunkte an der Sache ändert. Der Steuerfuss ändert nichts am Budget, sonst hätten bei der Detailberatung entsprechende Anträge gestellt werden müssen. Die Diskussion heute Abend war sachlich,

alle kennen einander und können einander in die Augen schauen, auch wenn nicht alle einer Meinung sind. Eine besondere Dramatik durch Namensaufruf ist nicht nötig.

Der Vorsitzende lässt über den Ordnungsantrag abstimmen:

Über Punkt 2 „Steuerfuss“ sei als erstes unter Namensaufruf gemäss § 45 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates abzustimmen.

Gegen diesen Antrag stimmen 22 Mitglieder, 14 Mitglieder unterstützen den Antrag. Damit ist das Quorum von einem Viertel erreicht und damit dem Ordnungsantrag stattgegeben.

Der Vorsitzende verliest den Gegenantrag zum stadträtlichen Antrag gemäss XIV Punkt 2:

Zur Deckung der Investitionen und zur Finanzierung des daraus entstehenden Abschreibungsbedarfs seien 2008 99 % Gemeindesteuern zu beziehen.

Hr. Christoph Dombrowsky verteidigt sich gegen den Vorwurf, man habe einfach 100'000 Franken verbuttert, um die 102 % Steuerfuss zu rechtfertigen. Er möchte die Beschuldigung, hier unseriös zu agieren, zurückweisen. Wirklich unseriös ist es nämlich zu Infrastrukturen „A“ aber zur Finanzierung nicht „B“ zu sagen und die Kosten einfach zu unterschlagen. Dies scheint ihm eine schizophrene Haltung zu sein, welche den Gedanken an eine Steuerfussenkung überhaupt erst möglich macht.

Hr. Hans-Martin Plüss möchte zu bedenken geben, dass Herr Schmid die Steuerfussreduktion damit erklärt hat, dass man eigentlich nur mit einer optimistischeren Einschätzung der Steuereingänge und einer realistischeren Einschätzung der Realisierungsgeschwindigkeit der Investitionen dieses ganze Geld sparen kann. Klar ist, wenn weniger investiert wird, macht man weniger Schulden und braucht weniger Geld für den Kapitaldienst und hat am Ende dieser 4-jährigen Finanzplanfrist vielleicht keine Schulden mehr. Spätestens dann muss zweifellos über eine Steuersenkung gesprochen werden, falls die Aussichten immer noch so optimistisch aussehen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über die Anträge unter Namensaufruf abstimmen:

Der Stadtrat schlägt dem Einwohnerrat vor, im Jahr 2008 102 % Gemeindesteuern zu beziehen. Es liegt ein Gegenantrag vor, im Jahr 2008 99 % Gemeindesteuern zu beziehen.

Jede einzelne Einwohnerrätin und jeder einzelne Einwohnerrat sagt mit seinem „Ja“, dass sie oder er dafür ist, dem stadträtlichen Antrag mit 102 % zuzustimmen. Jede Einwohnerrätin und jeder Einwohnerrat sagt mit seinem „Nein“, dass sie oder er für 99 % Gemeindesteuern ist.

Bär-Combertaldi Mirella	Ja	Matter Dieter	entschuldigt
Bertschinger Elmar	Ja	Misteli Patricia	Nein
Bolliger Anita	Ja	Moor Rolf	Ja
Bühler Thomas	Nein	Plüss Hans-Martin	Ja
Dällenbach Rolf	Nein	Plüss Marc	Nein
Dietschi Philippe	Ja	Ruf Miriam	Ja
Dombrowsky Christoph	Ja	Schlatter Hans Rudolf	Ja
Gfeller Markus	Nein	Schlatter Markus	Ja
Giezendanner Stefan	Nein	Schmid Daniel	Nein
Gisler Elisabeth	Ja	Senn Ammann Yolanda	Ja
Hagmann Käthi	Ja	Siegrist Urs	entschuldigt
Hangartner Philipp	Nein	Syed Rahela	Ja
Hauri Hansruedi	Nein	Thüler Marcel	Ja
Henzmann Jolanda	Nein	Valko Thomas	Nein
Hirschi Fritz	Nein	Vöckel Heinz	Nein
Iseli Hans Peter	Nein	Wacker Michael	Ja
Jordi Irma	Ja	Weishaupt Robert	Ja
Kremer Anne-Käthi	Ja	Wirz-Bolliger Susanne	Nein

Lehmann Heinz	Nein	Wullschleger Peter	Ja
Liebi-Baumann Verena	Ja	Hostettler Bruno	Ja

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 22:16 Stimmen zugestimmt.

Der Vorsitzende lässt über die weiteren stadträtlichen Anträge abstimmen:

Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2008 sei zu genehmigen.

Der Antrag wird mit 22:15 Stimmen angenommen.

Vom Investitions- und Finanzplan 2008 – 2012 sei Kenntnis zu nehmen.

Dem Antrag wird mit 31:1 Stimmen zugestimmt.

Art. 73

GK 101

Postulat der FDP-Fraktion vom 18. Juni 2007 betreffend Einführung von Tagesstrukturen an den Zofinger Volksschulen (Begründung und Beantwortung)

Fr. Patricia Misteli hält fest, dass eine stufenweise Einführung vorgeschlagen wurde, welche auf einem seriös erarbeiteten Konzept basiert und dass die Umsetzung finanziell verkraftbar realisiert werden kann. Eigentlich haben die Steuersenkung und das Postulat die gleiche Stossrichtung. Standortattraktivität einerseits und Stärkung des Steuersubstrats andererseits. Langfristig und nachhaltig gesehen, generieren von Mehreinnahmen bei den Steuern und Mindereinnahmen bei den Sozialausgaben. Zudem ist die berufliche Chancengleichheit der Frauen ein Anliegen, sind doch 62 % aller Jugendlichen, welche an die Mittelschule gehen, Mädchen. Auch der Anteil der Studierenden ist bei den Frauen deutlich höher.

Wird jetzt in diese Ausbildung investiert, muss diesen Frauen doch auch die Möglichkeit geboten werden, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Die FDP weiss, dass Tagesstrukturen im Bildungskleeblatt vorgesehen sind und dass auch die Schulpflege daran arbeitet. Man könnte den Vorwurf äussern, dass eine offene Tür eingerannt wird. Die Fraktion geht aber davon aus, dass die Gemeinde einen gewissen Spielraum hat bei der Gestaltung dieser Tagesstrukturen. Denn wer zahlt, befiehlt. In diesem Sinne möchte sie ein Zofinger Modell, welches auf Freiwilligkeit basiert und eine angemessene Kostenbeteiligung der Eltern und umliegenden Gemeinden vorsieht. Der vorbereitenden Kommission wird empfohlen mit Baden Kontakt aufzunehmen, welche ein Pool-Modell bereits erfolgreich eingeführt hat.

Dem Stadtrat wird gedankt, dass er dazu bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Die FDP glaubt, dass es eine strategische Aufgabe des Stadtrates ist, eine solche zukunftsgerichtete Massnahme zu prüfen und zu schauen in welchem Umfang diese für die Stadt verträglich ist.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass man hier aus Sicht des Stadtrates ebenfalls ein sehr gutes Beispiel hat, bei welchem wie bei einer Unternehmung zuerst investiert werden muss und nachher Erträge eingehen. Genau das ist hier auch das Ziel und dies wäre auch mit dem Finanz- und Investitionsplan das Ziel.

Der Stadtrat ist bereit, das Postulat der FDP-Fraktion vom 18. Juni 2007 zur Einführung der Tagesstrukturen an den Zofinger Volksschule entgegenzunehmen. Dies aus folgenden Gründen:

1. Der Stadtrat erachtet die Einführung von Tagesstrukturen an den Zofinger Volksschulen zur freiwilligen Nutzung als pädagogisch sinnvoll. Nach der erfolgreichen Einführung der Blockzeiten auf das Schuljahr 2006/07 hin und der stetig steigenden Nachfrage beim Mittagstisch, findet der Stadtrat den Zeitpunkt als richtig, in Zofingen weitere Module im Bereich der Tagesstrukturen einzuführen und die bestehenden bedürfnisorientiert auszubauen. Diese Massnahmen sollen den Kindern eine stabile Tagesstruktur geben, ihnen einen strukturierten Tagesablauf ermöglichen und zudem einiges zu einer gesunden Ernäh-

rungsweise beitragen. Wenn man sieht wie viele Kinder und Jugendliche heute überge-
wichtig sind, ist das ein ganz entscheidender Punkt. Tagesstrukturen erhöhen im Weiteren
auch die Chancengleichheit, vor allem für Kinder aus bildungsfernem Umfeld.

2. Auch aus wirtschaftlichen Gründen macht für den Stadtrat die Einführung bzw. der Aus-
bau von Tagesstrukturen Sinn. So ermöglichen Tagesstrukturen beiden Elternteilen die aus-
serhäusliche Berufstätigkeit und verbessern damit grundsätzlich die Vereinbarkeit von Fa-
milie und Beruf. Die Einführung von umfassenden Tagesstrukturen noch vor der Umsetzung
der Reformen des Bildungskleeblattes würde daher für die Stadt Zofingen einen echten
Standortvorteil bedeuten und ganz bestimmt auch den Zuzug von jungen Familien för-
dern.

Aus diesen Überlegungen heraus hat der Stadtrat die Erarbeitung eines Konzeptes „Tages-
strukturen“ mit den entsprechenden räumlichen und finanziellen Auswirkungen in die Jahres-
ziele 2008 aufgenommen. Die Realisation eines solchen Konzeptes zur Einführung von Tages-
strukturen ist auch Teil des Arbeitsprogramms der Schulpflege für die laufende Amtsperiode.
Beide beteiligten Institutionen sind also ebenfalls in diese Richtung unterwegs.

Unter der Leitung von Schulpflegerin Renata Siegrist hat deshalb im September 2007 eine Ar-
beitsgruppe mit entsprechenden Abklärungen begonnen. In der Arbeitsgruppe ist als externe
Expertin Frau Amanda Wildi von der Fachstelle Kind & Familie Aargau dabei. Sie hat das von
Frau Misteli zitierte Modell in Baden eng begleitet und man ist überzeugt, dass direkt davon
profitiert werden kann. In der Arbeitsgruppe ist man ebenfalls davon überzeugt, dass nichts
Neues erfunden werden muss, dass bestehende Sachen vorhanden sind, so dass relativ rasch
in die konkrete Umsetzungsphase übergegangen werden kann. In dieser Arbeitsgruppe Einsitz
hat auch Ratskollegin Annegret Dubach als Ressortvorsteherin Soziales und ich selbst bin als
Ressortvorsteher Bildung ebenfalls dabei. Der Verantwortliche für die räumlichen Abklärungen
ist Lukas Reichmuth von der Bauverwaltung. Die Arbeitsgruppe wird komplettiert durch Schul-
leiter Thomas Weyermann. Yvonne Zihler, Schulsekretärin, erstellt das Protokoll.

Die Arbeitsgruppe sieht die Erarbeitung eines Konzeptes mit vier Modulen vor und möchte
Schritt für Schritt vorgehen. Es wird von Betreuungszeiten von 7.00 bis 18.00 Uhr ausgegangen,
weil nur das eine echte Entlastung bringt für Eltern, die beide berufstätig sind.

Die vier Module sind:

1. Der Mittagstisch
Dort sieht die Arbeitsgruppe eventuell eine Trennung in Unter-/Mittelstufe und Oberstufe
vor. Je mehr Kinder diesen Mittagstisch besuchen, umso mehr kommen die Kleineren von
den Oberstufenschülern darunter.
2. Morgen- und Nachmittagsbetreuung
Diese soll qualifiziert geführt werden.
3. Ausweitung der Betreuung während den Ferien
Ein ganz wesentlicher Punkt. Gemäss Frau Wildi ist dies vor allem auch in Baden ein Ange-
bot, welches extrem genutzt wird.
4. Tagesschulen

Aus den bisherigen Erfahrungen der Fachstelle Kind & Familie Aargau kann davon ausge-
gangen werden, dass das Tagesstruktur-Angebot nach einer Einführungsphase, die langsam
anläuft, von rund 10 % der Schülerinnen und Schüler genutzt wird. Für Zofingen heisst das et-
was mehr als 100 Kinder.

Ebenfalls aus diesen Erfahrungen wurde vernommen, dass die Vollkosten für 15 Plätze ca.
240'000 Franken betragen. Die Finanzierung erfolgt durch Elternbeiträge, Kantonsbeiträge
gemäss SPG, Finanzhilfe des Bundes, Gemeindebeiträge und eventuell Sponsoringbeiträge.
Realistischerweise muss trotz der grossmehrheitlichen Abwälzung der Kosten davon ausge-
gangen werden, dass man auf diesen sechststelligen Betrag kommt, im Endausbau eher mit
einer 2 davor als mit einer 1. Aber man geht ebenfalls davon aus, dass eine Entwicklung, ein

langsames Anfahren, wie beim Mittagstisch stattfinden wird. Lange waren es um die 15 Kinder, jetzt sind es plötzlich 40 oder 50 Kinder und es gibt ziemliche Probleme, dies überhaupt bewältigen zu können. Gleich wird es auch bei den Tagesstrukturen funktionieren, es wird ebenfalls langsam anfahren.

Eine Studie, die im Jahre 2001 im Auftrag des Sozialdepartements der Stadt Zürich erstellt wurde, hat in diesem Zusammenhang ergeben, dass pro Franken, der gesamthaft investiert wird, zwischen drei und vier Franken an die Gesellschaft zurückfliessen. Dies einerseits durch erhöhte Steuereinnahmen und Einsparungen bei den Sozialausgaben und andererseits durch tiefere Ausgaben für Sonderschulmassnahmen und Brückenangebote.

Die Arbeitsgruppe sieht folgende weitere Schritte vor:

Es ist sehr wichtig, dass die wiederkehrenden Kosten abgeklärt werden. Dabei ist ein wesentlicher Punkt, wo man mit den Elternbeiträge ansetzen soll. Das ist im Postulat ganz klar herausgekommen. Dann ein operatives Projekt Tagesstrukturen erarbeiten, bei welchem vorerst die Räume und die Raumpolitik völlig ausgelassen werden. Mit diesem Konzept ist man relativ schnell. Wo man nicht so schnell ist, ist die Evaluation der räumlichen Möglichkeiten. Da öffnet sich ein riesiges Spektrum und die Arbeitsgruppe will, dass im Zusammenhang mit der Planung verschiedener Räumlichkeiten, welche jetzt im Investitionsplan erscheinen, eine saubere Lösung gesucht wird. Vielleicht muss man über ein Provisorium gehen. Aber dass man ab nächstes Jahr dann direkt in das endgültige Provisorium einziehen kann, sieht die Arbeitsgruppe weniger. Die Arbeitsgruppe will räumlich eine saubere Lösung im Zusammenhang mit Synergien, welche genützt werden können.

Gemäss heutigem Zeitplan kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitsgruppe dem Einwohnerrat bis Mitte nächstes Jahr das Konzept vorlegen kann. Ob sie dann auch eine räumliche Lösung hat, welche in das Modell der anderen Nutzungen der Stadt hineinpasst, kann momentan noch nicht gesagt werden. Ziel ist es, wenigstens das Konzept mit der Finanzierung bis Mitte nächstes Jahr vorlegen zu können.

Fr. Elisabeth Gisler hält fest, dass der Vorstoss eigentlich ein Thema darstellt, das eher auf der Fahne der SP stehen sollte. Umso mehr freut es die SP, dass Tagesstrukturen an den Volksschulen als erstrebenswert erachtet werden. Diese Forderung ist einerseits eine logische Folge der Einführung von Blockzeiten an den Schulen. Andererseits fördern diese die ganztägige ausserfamiliäre Betreuung der Schüler. Die SP findet die Einführung der Tagesstrukturen an den Schulen zeitgemäss und sehr gut und unterstützt dieses Anliegen. Man freut sich, dass der Stadtrat bereit ist, dieses Postulat zu übernehmen und auch schon aktiv wurde. Andererseits wunderte man sich, wie viel die Einführung kostet. Im Zusammenhang mit der Forderung, den Steuerfuss zu senken, passt dies auch nicht wirklich. Aber inzwischen ist klar, dass Reserven bestehen und dass es sicher funktionieren wird.

Die SP hat sich auch gefragt wie die Kostenabwälzung auf die Eltern aussieht. Frau Gisler zitiert Punkt 2.3.: „bei einkommensschwachen Eltern das Armutrisiko reduzieren soll.“ Normalerweise fliesst ein Zuwachs bei einkommensschwachen Eltern nicht zuerst in ausserfamiliäre Betreuung, sondern es werden primärere Kosten gedeckt und deshalb wäre es erfreulich, wenn die Tarife, die auf die Eltern abgewälzt werden, dem Einkommen der Eltern angepasst würden.

Dieses Angebot macht den Standort Zofingen wesentlich attraktiver. Aber auch andere Faktoren als ein tiefer Steuersatz würden die Standortattraktivität erhöhen, da der Steuersatz nur bei einem hohen Einkommen einschenkt. Sie denkt dabei zum Beispiel an niedrigere Gebühren bei der Musikschule oder Bibliothek, davon würden alle gleich profitieren. Die SP ist gespannt, wo der Finanzverwalter die zusätzlichen Kosten unterbringt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über die Überweisung des Postulates abstimmen:

Der Überweisung des Postulates wird mit 36 : 0 Stimmen zugestimmt.

Der Vorsitzende stellt folgenden Ordnungsantrag:

Soll mit der Sitzung weitergefahren werden, oder werden die zwei restlichen Traktanden vertagt?

Der Fortsetzung der Sitzung wird mit 30 : 2 zugestimmt.

Art. 74

GK 113

Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion vom 22. Oktober 2007 betreffend massive Kostenüberschreitung bei der Sanierung von Volière und Trottenweiher (Begründung und Beantwortung)

Hr. Stefan Giezendanner erklärt, dass eine massive Kostenüberschreitung bei GK 81 besteht. Aus diesem Grund hat die SVP-Fraktion Zofingen-Mühlethal eine dringliche Interpellation eingereicht. Über die regionale Presse vom 21. September 2007 musste der Einwohnerrat erfahren, dass der Kredit von 746'000 Franken massiv überschritten wird. Man geht davon aus, dass die Überschreitung rund 350'000 Franken beträgt. Dies entspricht einer prozentualen Überschreitung von gegen 50 %. Ein unhaltbarer Zustand, der seinesgleichen sucht. Es besteht zwingend Aufklärungs- und Informationsbedarf von Seite des Stadtrates. Deshalb hat die Fraktion vier Fragen gestellt:

1. Welche in der Vorlage GK 81 aufgeführten Arbeiten führen zu einer derartigen Kostenüberschreitung? Wurde der Einwohnerrat nicht sachlich und wahrheitsgetreu über die gegebenen Umstände informiert?
2. Bestand bei der Projektführung ein Kostencontrollingsystem? Wenn ja, wurde dieses Controllingsystem allenfalls böswillig unterlaufen?
3. Was unternimmt der Stadtrat, um die angekündigte Kreditüberschreitung durch geeignete Massnahmen zu reduzieren?
4. Dieser unhaltbare Zustand muss mindestens verwaltungstechnische Konsequenzen mit sich führen. Welche personellen Konsequenzen werden auf verwaltungstechnischer Ebene von Seiten des Stadtrates gezogen?

Er bittet das Parlament, dem Aufklärungs- und Informationsbedarf Rechnung zu tragen und somit die dringliche Interpellation der SVP zu unterstützen.

Hr. Hans-Martin Plüss fände es besser, wenn man diesen Antrag tatsächlich vor sich hätte und ihn das nächste Mal behandeln könnte sowie dem Stadtrat die entsprechende Zeit geben könnte, um die Fragen zu beantworten. Er hat aus dem Votum heraus auch nicht ganz verstanden, weshalb dies so dringlich ist. Die SP stellt den Antrag, die Interpellation als nicht dringlich zu behandeln.

Hr. Rolf Moor empfiehlt, die dringliche Interpellation zu unterstützen. Der Stadtrat ist so weit vorbereitet, dass er diese Fragen beantworten kann und dann ist es vom Tisch.

Fr. Yolanda Senn Ammann möchte sich den Worten von Herrn Plüss anschliessen. Das Thema wurde in der FGPK behandelt, die FGPK-Mitglieder wurden ausführlich informiert und es wurde bestimmt auch in die Parteien getragen.

Abstimmung über die Dringlicherklärung

Die Interpellation wird mit 24 : 10 Stimmen als dringlich erklärt.

Fr. Käthi Hagmann hat eine kleine Frage an den Interpellanten. Unter Punkt 4 schreibt er: „Dieser unhaltbare Zustand muss mindestens verwaltungstechnische Konsequenzen mit sich

führen.“ Was genau meint er mit mindestens? Hat er allenfalls auch politische Konsequenzen im Auge? Zielt er allenfalls auf den zuständigen Stadtrat? Sie wünscht eine Präzisierung.

Hr. Stefan Giezendanner erklärt, dass die Betonung ganz klar auf mindestens liegt und dass keine Person angegriffen wird. Die politische Ebene hat er bewusst ausser Acht gelassen, es geht nur um die verwaltungstechnische Ebene.

Hr. Jürg Bachmann, Stadtrat, kann dem Interpellanten nachfühlen. Es gibt tatsächlich einen gewissen Informationsbedarf bei diesem Geschäft. Dazu möchte er aber ein wenig ausholen. Am 17. Juni 2002 wurde hier eine Motion eingereicht mit folgendem wesentlichen Inhalt:

Neubau der Volière im Trottenweiher

Der Trottenweiher gehört zu den beliebtesten Naherholungsgebieten von Zofingen. Die Volière entspricht schon lange nicht mehr den allgemeingültigen tiergärtnerischen und tierpflegerischen Erkenntnissen unserer Zeit. Der Stadtrat wird daher eingeladen, dem Einwohnerrat eine vertretbare Vorlage für eine neue Volière zu unterbreiten.

Zu diesem Zeitpunkt lag dem Stadtrat bereits ein Grundsatzpapier vor, das sich mit dem Umbau des Trottenweiher und der Volière auseinandersetzte. Die Projektierungskosten wurden 2003 und 2004 eingestellt. Die Umbaukosten wurden dazumal in den Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 2006 und 2007 eingestellt. Am 27. November 2006 hat der Einwohnerrat dem Projekt, wie es auf dem Tisch lag, mit gewissen Anpassungen und Ergänzungen betreffend Heizung und Toilettenanlage mit Treppe, zugestimmt. Trotzdem hat der zuständige Projektleiter aus unerfindlichen Gründen weiter planen lassen. Weshalb weiss man nicht. Plötzlich lag ein Projekt mit einer solchen Volière vor, etwas völlig anderes. Es existiert aber ein Kostenvoranschlag vom 9. Januar 2007 mit den 754'000 Franken gemäss Projekt. In der gleichen Zeit wurde auch ein Projektblatt erstellt, auf welchem das Projektteam definiert wurde. Dieses bestand aus Projektleiter Reto Rey, Bauverwalter Rolf Degen, Christoph Wälti, Leiter Werkhof, welcher für Betrieb und Unterhalt zuständig war, und mir als Ressortverantwortlichen.

In Sachen Kosten und Termine kam vorderhand keine Frostwarnung, bis es am 25. April 2007 um die Arbeitsvergabe der Baumeisterarbeiten ging. Er zitiert: „Die Überschreitung von 56'000 Franken gegenüber dem Kostenvoranschlag ist insbesondere auf die in den Submissionsunterlagen ausgeschriebene Bodenplatte in der Flugvolière zurückzuführen. Aufgrund der massiven Kostenüberschreitung wird nun auf diese Bodenplatte verzichtet. Nach Auskunft des Ingenieurs ergibt dies eine Einsparung von ca. 40'000 Franken. Weitere Einsparungen sind im Rahmen der Projektbereinigung mit dem Unternehmer zu erwarten.“ Für den Stadtrat galt zu diesem Zeitpunkt die rote Fahne noch nicht, da weitere Einsparungen gemacht werden konnten über das gesamte Projekt. Nach dieser Arbeitsvergabe haben alle Beteiligten, vorab der Leiter Werkhof und ich, nur noch Auskünfte erhalten, dass alles im grünen Bereich sei. Gewisse Änderungen in der Terminplanung wurden kommuniziert. Der ausführliche Rapport stammt vom 22. Juni 2007, er wurde von Herrn Rey ausgefertigt und darin ist beinahe bis auf den Tag genau beschrieben, wie es laufen soll.

In der Verwaltung ist es nach wie vor so, dass Arbeitsvergaben, Beschaffungen usw. im Rahmen des ordentlichen Budgets, aber auch von Verpflichtungs- und Voranschlagskrediten, bis zur festgesetzten Limite durch die Verwaltung getätigt werden. Das ist immer so und er geht davon aus, dass dies auch richtig ist so. Fehlleistungen oder Kompetenzüberschreitungen sind ihm aus den letzten Jahren grundsätzlich keine bekannt. Ebenso werden Termine und Kosten im operativen Bereich verwaltungsintern koordiniert. Nebst den Sitzungen in der Planungsphase hatte er ab Ende Januar zusammen mit dem zuständigen Projektleiter drei Begehungen auf der Baustelle. Zudem verlangte er zuhanden der Tierparkkommission vier Berichterstattungen. Den terminlichen Ablauf erläutert er anhand einer Folie.

Herr Wälti, Leiter Werkhof, hat mit wenigen Ausnahmen an den wöchentlichen Bausitzungen teilgenommen. Er hat festgestellt dass von den ca. 30 Bausitzungen lediglich 4 Protokolle existieren. Mit Herrn Wälti trifft er sich alle 14 Tage zu ordentlichen Sitzungen und sonst nach Bedarf. Die einzigen Berührungspunkte, die zwischen ihren Tätigkeiten existieren, sind diese Tierparkanlagen. Er hat den Projektleiter auch sporadisch nach dem Baufortschritt und den Kosten gefragt. Es wurde nie etwas Negatives berichtet, ausser Terminverzögerungen. Diese wur-

den mit Hochkonjunktur im Bauwesen begründet, was nachvollziehbar ist. Herr Rey hat sich auch nie über die Arbeitsbedingungen beschwert. Er hat auf diese mündlichen Aussagen und Ausführungen vertraut.

An der letzten Einwohnerratssitzung vom 17. September 2007 hat er Herrn Rey gebeten, im Hinblick auf sein Ausscheiden, nochmals eine grosse Auslegeordnung mit ihm zu machen, damit das weitere Vorgehen besprochen werden kann. Herr Rey hat ihm dann eröffnet, dass das Projekt bereits nicht mehr bei ihm sei. Es wurde extern ausgelagert an Herrn Franz Brunner, Luzern, welcher bei anderen Bauvorhaben (u.a. Sanierung Flachdach Seniorenzentrum, Bibliothek) bereits für die Stadt Zofingen tätig war. Dann haben sich die Ereignisse ein wenig überstürzt. Am 20. September 2007 erhielt er einen Anruf von Herrn Hubert Koller von der Bauverwaltung mit der Bitte, sich am Montagmorgen, 24. September auf der Bauverwaltung zu einer Besprechung in Sachen Trottenweiher einzufinden. Anwesend bei dieser grossen Auslegeordnung waren die Herren Franz Brunner, Hubert Koller, Reto Rey, Christoph Wälti.

Herr Franz Brunner gab einen provisorischen Kostenzwischenstand von plus 498'000 Franken, dies entspricht etwa 66,1 %, bekannt. Dabei handelte es sich allerdings um eine Prognose. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Finanzverwaltung 267'000 Franken ausgegeben, was absolut im Rahmen war. Für die Finanzverwaltung bestand damals auch keinen Grund dazu, eine Warnfahne aufzuhalten. Anlässlich dieser Sitzung machte Herr Brunner gewisse Ausführungen, zum Beispiel, dass der Projektleiter bei der Projektausführung nicht über Detailpläne verfüge, dass er Aufträge mündlich oder per Fax erteilt habe, dass die Kostenkontrolle anscheinend eher virtuell geführt wurde. Er machte ebenfalls Anmerkungen, dass der Standard dem Bauvorhaben nicht entsprochen habe, dass nicht alle Positionen im Kostenvoranschlag gewesen sind, dass es mehr ein freihändiges Entscheiden und Arbeiten gewesen sei. Also Arbeiten anordnen ohne die Auswirkungen zu kennen, zu wenig Kontrolle, keine Warnungen an das Umfeld. Letztendlich hat Herr Brunner angenommen, dass Herr Rey in seiner Arbeit massiv überlastet gewesen sei. Darüber wurde vorher aber weder nach aussen noch intern kommuniziert.

Seit dem 19. Oktober 2007 liegt ein schriftlicher Zwischenbericht von Herrn Brunner vor, in welchem er schreibt: „Nachdem ich mich in den letzten Wochen intensiv mit dem Projekt Trottenweiher beschäftigt habe, kann ich ihnen heute einen Zwischenbericht vorlegen. Dazu ist festzuhalten, dass ich dabei immer wieder von neuen Mängeln und Ungereimtheiten überrascht worden bin.“ Dazu zwei oder drei Beispiele: „Die Volière wurde von Herrn Rey am 11. Juli 2007 per Fax im Betrage von Fr. 201'300.– bestellt. Von der Firma Senn lag seinerzeit eine Offerte von Fr. 148'100.– vor, welche anscheinend nicht mehr verfolgt wurde. Für die Ersatzvolière entlang den Fassaden sind noch mit zusätzlichen Kosten von ca. Fr. 100'000.– zu rechnen. Die Firma Senn hat bereits dankend abgesagt.“ Von einem Ersatz dieser Gehege war nie die Rede. Im Kostenvoranschlag ist ein Betrag von 170'000 Franken eingestellt.

Es fanden diverse Augenscheine statt, bei einem war auch der Stadtammann dabei. Bei diesem Augenschein wurde von Herrn Brunner angeregt, dass man den Hügel vor der Toilettenanlage abtragen müsse. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Auch hier liegt eine Offerte einer Firma vor, welche dies bereinigen sollte, auch diese liegt im fünfstelligen Bereich. Weiter wurde verpasst, den Zugang zum Weiher zu bauen, die Foundationen sind schlicht nicht vorhanden. Im Übrigen stehen die Foundationen für das Abstützen der Flugvolière auch nicht. Vorne braucht es ebenfalls eine neue Umzäunung, diese ist im Kostenvoranschlag auch nicht enthalten.

Unter Punkt 11 schreibt Herr Brunner bezüglich Rechnung Baumeister: „Ich stelle heute enorme Mehrkosten fest, welche noch geklärt werden müssen.“ U.a. hat der Projektleiter Regierapporte von über 60'000 Franken auf dieser Baustelle unterzeichnet. Weiter führt Herr Brunner aus: „Unter Berücksichtigung der vielen offenen Fragen und Ausführungen muss heute mit Mehrkosten von ca. Fr. 450'000.– gerechnet werden.“ Dabei handelt es sich immer noch um eine Prognose, man befindet sich mitten im Offertverfahren, damit man weiss, wie viel es überhaupt kostet.

Alle bisher erwähnten Kosten sind mit grosser Vorsicht zu geniessen. Das Projekt wird jetzt auf der Bauverwaltung wieder begleitet, dies durch Herrn Lukas Reichmuth. Die beiden Baufachleute sind jetzt daran, die Kosten und die Baustelle definitiv in den Griff zu bekommen.

Die Ausführungen decken sich mit den Aussagen der BDO Visura: „Führungsinstrumente fehlen, veralteter Arbeitsstil, statische Arbeitsaufteilung, zunehmendes Fehlerrisiko durch Aufgabenvielfalt, Arbeitsüberlastung und Mängel in der Organisationsstruktur. Keine Regelung der Kompetenzen, Auftragsvergaben, Ausgabenkompetenzen. Freiräume werden missbraucht. Ein aufgabenübergreifendes Denken fehlt.“ Dies ein sinngemässer Teil der Schlussfolgerungen der BDO Visura im Rahmen der Organisationsberatung bei der Bauverwaltung.

Welche Sofortmassnahmen wurden ergriffen? Bevor Herr Reichmuth in das Projekt eintrat wurde Herr Brunner von ihm gebeten, so rasch wie möglich die detaillierten Kosten zu ermitteln und zwar unterteilt in die Bereiche Gebäude, Weiher und Umgebung, Toilettenanlagen und wasserbauliche Massnahmen (Schlammsammler, Auslaufbauwerk). Die verantwortlichen Personen sind unter Hochdruck daran Punkt für Punkt zu eruieren, wie viel es kostet. Wenn man weiss wie viel es kostet, können Sparmassnahmen eingeleitet werden.

Künftig soll für alle laufenden Arbeiten und solche, die noch zu vergeben sind, ein angepasster Standard, mit der Tierparkanlage als Vorgabe, gelten. Sparpotenzial ist konsequent auszuloten und umzusetzen.

Er hat Herrn Rey gebeten, diese Situation zu begründen. Ein dreiseitiger Bericht liegt vor aus dem er einzelne Passagen zitiert. Diese Begründung enthält nebst ein paar fadenscheinigen Erklärungen über den Bauablauf eine längere Passage über die Arbeitsbedingungen von Herrn Rey: „Unter meiner persönlichen Sicht: Ich bin mir meiner Verantwortung als Projektleiter durchaus bewusst und übernehme die Verantwortung für diese Situation. Leider ist es mir nun nicht vergönnt einen guten Abschluss in Zofingen zu erleben. Es ist nicht alles gut gelaufen und vieles hätte im Nachhinein anders laufen müssen. Die Betreuung dieses Projektes hat aufgrund meiner fehlenden Kapazität eindeutig gelitten und ich hätte ein Ultimatum stellen müssen. Nicht als Entschuldigung, aber als Erklärung möchte ich festhalten, im Jahr 2006/2007 leitete ich folgende Projekte: Trinermatte, Mensa, Volière, HPS, Seniorenzentrum, Sanierung Turnhalle Bezirksschulhaus. Dazu mussten diverse kleinere Umbauten, wie in der Jugendherberge, Flachdachsanieierung Bildungszentrum, neuer Spielplatz Bildungszentrum, neue Sportfelder BZZ, zusätzliche Einbauten HPS, diverse kleinere Umbauarbeiten und diverse, zum Teil anspruchsvolle, Baugesuche (Postfinance, Färbereiareal, Altachen, Riedtal, Coop etc.) behandelt und betreut werden, neben den anderen Kleinigkeiten des Tagesgeschäftes. Ich finde es schade, dass nun versucht wird, mir alleine einen Strick zu drehen und bin ebenso enttäuscht, weil ich seit meinem Arbeitsbeginn bis zum allerletzten Tag und darüber hinaus versucht habe, meine Arbeitskraft der Einwohnergemeinde mit bestem Wissen und Gewissen zur Verfügung zu stellen. Ich nehme an, dass dies wohl der einfachste Weg ist, da ich Zofingen eh verlasse. Dass meine Überstunden in diesem Jahr auf über 180 Stunden angewachsen sind, dass ich auf meine Sommerferien verzichtet habe, dass ich an Wochenenden gearbeitet habe wurde nur zur Kenntnis genommen. Es wurde mir mit einem Lächeln verboten an Samstagen zu arbeiten, das war auch nicht unbedingt die Lösung der Problematik. Ich möchte zum Schluss niemanden beschuldigen, das ist nicht meine Art. Etwas mehr Unterstützung hätte ich mir, wenn schon nicht während meiner Zeit in Zofingen, zum Abschluss wenigstens schon gewünscht. Schade.“ Dies ist ein Bericht vom 25.09.07 von Herrn Reto Rey unterzeichnet.

Fazit: Es gibt nichts zu beschönigen: Die getroffenen Kontrollmassnahmen haben nicht gegriffen. Wie viele Massnahmen man gegenüber einem Sachbearbeiter, welcher immerhin über einen Hochschulabschluss verfügt, ergreifen muss, weiss er nicht. Leider muss er auch feststellen, dass abteilungsintern kein Kontrollmechanismus installiert war, der Sachbearbeiter hatte absolut freie Hand. Er kennt kein internes Rapportwesen und war sich nicht gewohnt gegenüber ihm oder auch Herrn Wältli zu kommunizieren. Für ihn bleibt ein sehr schwacher Trost, es wurde kein Geld gestohlen oder veruntreut, aber es wurde oder wird zum Teil noch ziemlich kopflos ausgegeben.

Wie weiter? Der Stadtrat wollte offen informieren. Die FGPK wurde mittels ähnlichem Bericht informiert. Die FGPK hat dem Vorgehen, dieses Projekt unter allen Sorgfaltsmassnahmen zu einem guten Ende zu bringen und mit der Bauabrechnung Rechenschaft abzulegen, zugestimmt.

Frage 1

Welche in der Vorlage GK 81 aufgeführten Arbeiten führen zu einer derartigen Kostenüberschreitung? Wurde der Einwohnerrat nicht sachlich und wahrheitsgetreu über die gegebenen Umstände informiert?

Die Kosten sind überall aus dem Ruder gelaufen, hauptsächlich aber bei den Baumeisterarbeiten und beim Metallbau. Der Einwohnerrat wurde nach bestem Wissen und Gewissen informiert. Gemäss Aussage von Herrn Franz Brunner, welcher jetzt an diesem Projekt arbeitet, wäre es möglich gewesen, mit den budgetierten 754'000 Franken eine Sanierung durchzuführen, aber mit einem anderen Standard und Kostenmanagement.

Frage 2

Bestand bei der Projektführung ein Kostencontrollingsystem? Wenn ja, wurde dieses Controllingsystem allenfalls böswillig unterlaufen?

Grundsätzlich fand das gleiche Kostencontrolling statt wie immer, nämlich die Kostenkontrolle in der Verwaltung. Dieses Controlling wurde nicht böswillig, aber fahrlässig unterlaufen. Tatsache ist, dass man heute davon ausgeht, dass es sich um einen Einzelfall handelt.

Frage 3

Was unternimmt der Stadtrat, um die angekündigte Kreditüberschreitung durch geeignete Massnahmen zu reduzieren?

Der Stadtrat lässt aufgrund des Projektes, wie es jetzt im Bau ist, eine detaillierte Kostenprognose erstellen und wird nachher alle Einsparungsmöglichkeiten ausloten und umsetzen. Die exakte Kostenprognose ist heute immer noch nicht bekannt, es wird daran gearbeitet. Was man ebenfalls schmerzlich feststellen musste, ist vielleicht die „Grosszügigkeit“ des Einwohnerates, dass er dem WC und der Treppe zugestimmt hat. Er hofft, dass seriös ausgewiesen werden kann, was es gekostet hat. Bei diesem Projekt wurde mit wenig Reserven gearbeitet.

Frage 4

Dieser unhaltbare Zustand muss mindestens verwaltungstechnische Konsequenzen mit sich führen. Welche personellen Konsequenzen werden auf verwaltungstechnischer Ebene von Seiten des Stadtrates gezogen?

Die verwaltungstechnischen Massnahmen wurden mit dem Bericht zur Organisationsentwicklung in der Bauverwaltung und mit der Neubesetzung der Stelle des Bauverwalters aufgegleist. Die personellen Konsequenzen kommen zu spät. Herr Rey ist seit dem 26. September 2007 nicht mehr auf der Bauverwaltung.

Hr. Stefan Giezendanner dankt Stadtrat Jürg Bachmann für die offene und klare Kommunikation und der Dynamischen Mitte für die Unterstützung. Es war notwendig, dass diese Informationen endlich fliessen. Er ist zufrieden mit der Beantwortung. Er stellt aber fest, dass grundsätzlich kein Kostencontrollingsystem angewendet wird oder momentan in Betrieb ist. Darauf sollte man unbedingt das Augenmerk richten. Der Stadtrat hat erwähnt, dass es nicht böswillig, aber fahrlässig unterlaufen wurde, da gilt es Massnahmen zu definieren. Was ist bis wann durch wen zu tun. Erfreulich ist, dass gewisse Sofortmassnahmen bereits eingeleitet wurden. Abschliessend könnte man dieses Geschäft mit einem grossen „K“ zusammenfassen, das heisst: „katastrophal“. Er hofft, dass man in Zukunft nach dem Muster kommandieren, kontrollieren, korrigieren vorgeht. Dann gibt es keine dermassen enorme Kostenüberschreitungen mehr.

Art. 75**Umfrage**Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. Hans Rudolf Schlatter: Er hat letzte Woche den Zettel der StWZ Energie AG erhalten, auf welchem steht, man könne Naturstrom bestellen. 14 Tage vorher hat er einen Brief erhalten, in welchem die Städtischen Werke mitteilen, dass sie nicht einmal ganz 10'000 Kilowattstunden

Solarstrom im Jahr verkaufen. Zofingen möchte gerne Energiestadt werden. Wie viel Naturstrom bezieht die Stadt?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass er keinen Prozentsatz nennen kann, wie viel Naturstrom bezogen wird. Er war selber sehr erstaunt über die Mitteilung der StWZ Energie AG, dass sie den Solarstrom, der lokal produziert wird, nicht absetzen kann. Seine Schlussfolgerung ist, dass der Anteil Naturstrom aus dem Axpo-Angebot sehr bescheiden ist.

Hr. Marcel Thüler wohnt in der Fegergasse. Einige Meter weiter hinten, beim Wurmfortsatz der Fegergasse, ist ein Kebabladen mit Pizzalieferdienst entstanden. Nun fahren die ganze Zeit Autos nach hinten und es stehen auch Autos mit offenem Kofferraum dort herum. Ist der entstandene Laden überhaupt konform? Passiert in dieser Sache noch etwas?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, hält fest, dass der Kebabladen an der Fegergasse ein Sorgenkind ist, sowohl für die Bauverwaltung als auch für die Regionalpolizei. An sich ist die Erstellung des Ladens durchaus konform verlaufen. Baugesuche wurden eingereicht, aber die Bauherrschaft musste permanent begleitet werden. Sie hat auch einige Male gewechselt, von der einen Trägerschaft zur anderen. Grundsätzlich wurde das realisiert, was bewilligt war. Mit gewissen Vorbehalten was die Abluftanlagen betrifft. Über die Farbgebung der Fassade ist man noch am Verhandeln mit der Bauherrschaft. Diese erfolgte ohne entsprechende Beratung durch die Bauverwaltung, welche eigentlich vorgesehen ist für Liegenschaften in der Altstadt; sie entspricht nicht ganz den Vorstellungen. Betreffend Kontrollen und Warenumschlag in der Altstadt sind gewisse Pendenzen noch zu lösen mit den Betreibern dieses Kebabladens.

Fr. Anita Bolliger hat eine Frage zum „Topp-Event“, welcher in den Herbstferien an zwei Wochenenden in der Mehrzweckhalle stattgefunden hat. Laut Zeitungs- und Augenzeugenberichten war der Eintritt frei. Die Kosten, inklusive Gagen für DJ's und Musikgruppen, wollte man via Getränke, also auch durch Alkoholverkauf, decken. Die Stadt Zofingen gibt immer wieder viel Geld aus für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung der Jungen. Gerade auch als Sucht- und Gewaltprävention. Kann und will der Stadtrat dafür sorgen, dass in Zukunft solche Events in stadt eigenen Räumlichkeiten nicht mehr bewilligt werden?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass dieser Anlass dem Stadtrat ebenfalls überhaupt keine Freude bereitet hat. Bis jetzt hat der Stadtrat eine sehr liberale Haltung gepflegt, weil er Zofingen als Standort attraktiver Veranstaltungen pflegen will. Und bis jetzt war auch die Vergabe gegenüber Organisatoren, welche die städtischen Liegenschaften mieten wollten, sehr liberal, weil man Tagestourismus, Veranstaltungen und Tagungen fördern wollte und will. Der Stadtrat ist aber zur Überzeugung gekommen, dass die Vergabestrategie rigoroser gehandhabt werden muss, dass hie und da „nein“ gesagt werden muss. Zudem muss eine schwarze Liste geführt werden, damit Veranstalter, welche ihre Aufgaben als Organisatoren nicht wahrnehmen, diese Hallen nicht mehr mieten können. Er kann mit grosser Freude feststellen, dass die beiden involvierten Verwaltungsstellen (Repol und Stadt- und Verkehrsbüro) unabhängig voneinander zum gleichen Eindruck gekommen sind, nämlich diesen Anlass das nächste Jahr nicht mehr zu bewilligen. Die Repol hat aufgrund des ersten Anlasses vor dem zweiten Wochenende nochmals einen Einzelantrieb mit dem Organisator durchgeführt. Dies hat funktioniert. Aber es betrifft natürlich auch andere Veranstaltungen. Der Stadtrat muss grundsätzlich sehr vorsichtig sein, wenn sich eine Veranstaltung durch Getränkeausgaben finanziert. Dies bedingt, dass von den Organisatoren Offenlegung verlangt wird, was in der Praxis nicht immer einfach ist. Man trifft damit auch die anständigen und es braucht Finger-spitzengefühl. Er ist sehr froh darüber, dass die beiden involvierten Stellen, dieses bewiesen haben und ist zuversichtlich, dass der Stadtrat den Weg finden wird.

Hr. Philipp Hangartner hält fest, dass der ehemalige Bauverwalter intern einen neuen Arbeitsplatz erhalten hat. Stimmt es, dass er auch eine Abfindung erhalten hat? Kann man sagen wie viel? Und falls man es sagen kann, welcher Betrag?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, führt aus, dass der Bauverwalter keine Abgangsentschädigung in Franken und Rappen erhalten hat, sondern ein Angebot für eine Weiterbeschäftigung. Gleichzeitig wurde ihm angeboten sich entsprechend weiterzubilden, damit er in dieser geänderten Funktion die Aufgaben ausführen kann. Es ist einem freigestellt, ob man dies als Ab-

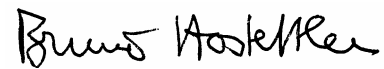
gangsentschädigung bezeichnen will. Aber eine Abfindung, wie man sie branchenüblich in der Privatwirtschaft kennt, ist nicht erfolgt.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, ergänzt, dass es auf der Bauverwaltung nicht acht Personen, sondern 6,7 Stellen sind. Im Zusammenhang mit der Organisationsentwicklung in der Bauverwaltung hat der Stadtrat ein Benchmark mit Zentrumsgemeinden verlangt. Dabei musste er feststellen, dass Zofingen mit Abstand die schmalste Personaldeckung hat und dass die Organisation ziemlich exotisch ist. Es muss einiges geändert werden in den Abläufen und Verantwortlichkeiten.

Schluss der Sitzung: 21.22 Uhr

Für getreues Protokoll:

DER RATSPRÄSIDENT



Bruno Hostettler

DER PROTOKOLLFÜHRER



Arthur Senn

Anhang

- PowerPoint-Präsentation Steuerkraft/Aktiensteuern